

**EINWOHNERRAT**

Thema Einwohnerratssitzung  
Sitzungsdatum 20. November 2014, 16.00 bis 20.55 Uhr  
Sitzungsort Pfarreizentrum  
Vorsitz Roland Bühlmann

Kontakt Heike Sommer  
Telefon 041 349 12 51  
Telefax 041 349 14 81  
E-Mail heike.sommer@horw.ch

**PROTOKOLL NR. 353**

Anwesend 29 Einwohnerratsmitglieder  
5 Gemeinderatsmitglieder  
1 Stv. Gemeindeschreiberin

Entschuldigt - Röllli Urs  
- Zemp Thomas, anwesend ab 16.20 Uhr

**Traktandenliste**

- |  |          |
|--|----------|
| 1. Ersatzwahl eines Urnenbüromitgliedes  | Seite 2  |
| 2. Bericht und Antrag Nr. 1531 Jahresprogramm 2015   | Seite 3  |
| 3. Bericht und Antrag Nr. 1533 Budget 2015   | Seite 9  |
| 4. Fragestunde   | Seite 23 |
| 5. Einfache Anfrage von Heiri Schwegler, L2O: Parkieren und Anhalten von Motorfahrzeugen auf dem Trottoir vor der Raiffeisenbank | Seite 40 |

**Sprecher/in**

Roland Bühmann  
(SVP)

### **Feststellungen**

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

### **Repräsentationen**

- 20. September 2014: Hauptübung der Feuerwehr Horw
- 25. Oktober 2014: Jubiläumskonzert 70 Jahre Turnerchörli Horw
- 26. Oktober 2014: Swiss City Marathon
- 7. November 2014: Jungbürgerfeier
- 15. November 2014: Theater "Hotel Mimosa" der Theatergesellschaft Horw

### **Gratulationen**

In den Monaten Oktober und November darf ich zu 60 hohen Geburtstagen gratulieren.

### **Einbürgerungen**

Seit der letzten Sitzung wurde einem kosovarischen Staatsangehörigen sowie einer kroatischen Staatsangehörigen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw erteilt.

### **Protokoll**

Gegen das Protokoll Nr. 352 der Sitzung vom 18. September 2014 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

### **Neueingänge**

- 19. September 2014: Interpellation Nr. 640 von Ruth Strässle, FDP, und Mitunterzeichnenden: Tourismuszone auf Oberrüti
- 23. September 2014: Interpellation Nr. 641 von Marcel Wirz, FDP, und Mitunterzeichnenden: Kantonale Zivilschutzorganisation und damit verbundene Kostensenkung
- 29. September 2014: Postulat Nr. 654 von Thomas Zemp, CVP: Überprüfung und Aktualisierung Strassenverzeichnis
- 12. November 2014: Interpellation Nr. 642 von Hannes Koch, L2O und Mitunterzeichnenden: Verkehrsplanung Luzern Süd als Folge der Nutzung des Zentralbahntrasses

### **Rechtskraft von Beschlüssen**

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

## **1. Ersatzwahl eines Urnenbüromitgliedes**

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2014 haben Sie vom Gemeinderat den Wahlvorschlag für Raphael Rölli, FDP, Sonnsyterain 31, erhalten. Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Roland Bühmann  
(SVP)

### **Wahlergebnis:**

Ausgeteilte Stimmzettel	28
Eingegangene Stimmzettel	28
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	2
Gültige Stimmzettel	26
Absolutes Mehr	14

Gewählt ist Raphael Rölli, FDP, mit 26 Stimmen.

## 2. Bericht und Antrag Nr. 1531 Jahresprogramm 2015

### Eintreten GPK

Das Jahresprogramm 2015 hat die GPK sehr positiv aufgenommen und darum auch ohne Gegenstimme verabschiedet. Die GPK würde es in Zukunft begrüßen, wenn man das Budget und das Jahresprogramm miteinander verschickt, weil das Jahresprogramm oft ein paar wichtige Informationen zu umstrittenen Budgetpositionen hat.

In den Schulhäusern Spitz und Kastanienbaum ist es aufgrund der wahrscheinlich zukünftigen Schülerzahl unklar, wie viele Parallelklassen man sinnvollerweise führen sollte. Für eine gute Konstanz muss man dabei auch berücksichtigen, wie sich die Zahl der Parallelklassen in der Zukunft weiterentwickelt. Auf jeden Fall dürfte der Entscheid zur Folge haben, dass relativ viele Schüler einen Schulhauswechsel akzeptieren müssen. Im Gegensatz zur ursprünglichen Planung soll im nächsten Jahr kein Primarschulhaus umgebaut werden. Neu wird vermutlich zuerst das Schulhaus Kastanienbaum und dann das Schulhaus Spitz umgebaut.

Eine Diskussion gab es noch über das weitere Vorgehen bei der Entwicklung der neuen IT-Strategie. Wir haben gestaunt, dass der Beratungsauftrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz und nicht an diejenige der Zentralschweiz gegangen ist. Ferner sind auch keine Konkurrenzofferten eingeholt worden. Es hat sich dann aber gezeigt, dass man bei der Offerte, die nur von Kosten von 40'000 Franken ausgeht, erst bei einem Betrag ab 150'000 Franken mehrere Offerten haben müsste. Ausserdem ist der Offertbetrag von einem unabhängigen Berater als sehr günstig beurteilt worden. Die GPK beantragt Eintreten auf das Jahresprogramm 2015.

### Eintreten BVK

Die BVK hat die baurelevanten Themen des Jahresprogramms 2015 besprochen. Dabei sind grosse Diskussionen ausgeblieben und Fragen der BVK konnten nachvollziehbar beantwortet werden.

Bei den Zielen der Immobilien ist die Koordination bezüglich Schulraum für die Integrative Förderung mit den Sanierungsmassnahmen der Schulhäuser Kastanienbaum und Spitz thematisiert worden. Bei einigen Aspekten wurde hinterfragt, ob die Ziele realistisch sind und die BVK hat erfreut zur Kenntnis genommen, dass die Immobilienstrategie 2015 vorgelegt wird und der Bezugstermin des sanierten Gemeindehauses weiterhin als realistisch beurteilt wird. Dennoch erachtet es die BVK als wichtig, dass man bezüglich der Sanierung des Oberstufenschulhauses das Szenario für eine allfällige Kollision im Hinterkopf behält, wenn es terminlich Schwierigkeiten gibt.

Beim Ziel "horw mitte" hat die BVK zur Kenntnis genommen, dass der Planungsbericht zeitgerecht vorgelegt werden kann und da die Grundeigentümer anscheinend mittelmässig mitmachen, kommt in dem Zusammenhang das Mittel einer Landumlegung zur Anwendung. "horw mitte" ist in den Jahreszielen erwähnt, es sind aber keine Ziele oder Massnahmen zum Thema "Entwicklungskonzept Luzern Süd" aufgeführt. Das haben Einzelne der BVK vermisst, denn sie hätten gerne ein Signal gehabt, dass diesbezüglich etwas ins Jahresprogramm fliessen wird. Die Gründe des Gemeinderates, warum das nicht so ist, sind nachvollziehbar und somit akzeptiert.

Die BVK hat sich dann über den aktuellen Stand betreffend Ökihof unterhalten und begrüsst es, dass die Verkehrsmachbarkeitsstudie der REAL kritisch hinterfragt wurde und die Widersprüche nun geklärt werden.

Die BVK ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom Jahresprogramm 2015.

Jörg Gilg (FDP)

Richard Kreienbühl  
(CVP)

### **Eintreten GSK**

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat die sie betreffenden Bereiche des Jahresprogramms 2015 beraten. Wir schauen erwartungsvoll auf das neue Jahr 2015.

- Es erwartet uns der Entscheid in Bezug auf die zukünftige Trägerschaft vom Kindes- und Erwachsenenschutz. Dies erscheint uns insofern wichtig, weil die Kündigungsfrist zwei Jahre dauert.
- Im Weiteren erwarten wir mit Interesse verschiedene Planungsberichte, z.B. über die Neuausrichtung und die nächsten Planungsschritte des Kirchfeldes. Wir erwarten Details über den zukünftigen Standort des Alters- und Pflegeheims und über das stationäre Angebot vom Kirchfeld 2.

Im gleichen Zusammenhang erhoffen wir uns vom Planungsbericht über Horws Wohnraumpolitik einiges. Vor allem sind wir auf die konkrete Umsetzung der Massnahmen aus dem Projekt "Wohnen im Alter" gespannt.

Die GSK wird im neuen Jahr einige vielversprechende, für die Zukunft der Gemeinde sehr relevante Themenfelder zu besprechen haben. Die GSK nimmt den B+A einstimmig zur Kenntnis und ist für Eintreten.

### **Eintreten CVP**

Auch die CVP-Fraktion hat den vorliegenden B+A besprochen. Obwohl wir uns inhaltlich noch etwas mehr gewünscht hätten, sind wir für Eintreten und Kenntnisnahme. Wir werden in der Detailberatung noch auf den einen oder anderen Punkt eingehen.

### **Eintreten L2O**

Die L2O ist, um es vorwegzunehmen, für Eintreten und Kenntnisnahme des Jahresprogramms 2015. Trotzdem möchten wir einige Punkte hervorheben.

Beim Punkt 2.1 Personal sind keine speziellen Ziele vermerkt. Ich werde am Schluss meiner Ausführungen noch einmal auf den Punkt zurückkommen.

Punkt 2.2.5, Immobilienstrategie, ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir sind schon sehr lange auf die Resultate gespannt, die man uns vorzulegen verspricht.

Beim Punkt 2.5.2, Benchmark, bezweifeln wir den Nutzen von solchen Abklärungen. Wir fürchten, dass der Ansatz zu einseitig auf simple Parameter ausgelegt wird, die ausschliesslich auf das Auffinden von Sparpotenzial ausgelegt sind. Sparideen, die sich im Nachhinein häufig als wenig sinnvoll und wenig effektiv herausstellen. In den Vergleich einbezogene Gemeinden sind oft ganz anders organisiert und sind auch in ganz andere Rahmenbedingungen eingebettet und darum ist es relativ schwierig, diese miteinander zu vergleichen. Ganz besonders störend ist aber, dass die wirklich interessanten Fragen bei solchen Untersuchungen häufig ausser Acht gelassen werden, nämlich die Frage, ob die wichtigen Aufgaben der Gemeinde mit der jetzigen Struktur und den zur Verfügung stehenden Mitteln zeitgerecht und professionell erledigt werden können. Wenn es vier Jahre dauert, bis man eine Immobilienstrategie einer Gemeinde ausarbeiten kann, sollte man vielleicht Fragen nach strukturellen Problemen stellen und nicht nach ein paar Franken Sparpotenzial suchen.

Zur Energieplanung, Punkt 2.14.4, wäre es interessant zu wissen, welche konkreten Massnahmen man gedenkt umzusetzen, denn je nachdem, kann das ein sehr bescheidenes Ziel oder eine ganz grosse Aufgabe sein.

Esther Dissler (CVP)

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Peter Bucher (L2O)

Was uns ganz massiv fehlt, ist die Zielsetzung im Engagement zum Projekt LuzernSüd. Die L2O hält die intensive, engagierte Planung an der raumplanerischen Entwicklung von Horw, zusammen mit den Nachbarn für eine der wichtigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben. Es ist bedenklich, dass kleine, rein operative Projekte Eingang in das Jahresprogramm der Gemeinde gefunden haben, aber das grosse Projekt, das die Zukunft der Einbettung von Luzern im Raum bestimmt, einfach so vergessen geht. Das verstärkt den Eindruck, dass sich der Gemeinderat zu sehr, um zwar wichtige operative Details kümmern muss, aber zu wenig Zeit für eine zielsetzende Lenkung vom 80 Mio.-Konzern hat. So wäre es vielleicht doch angebracht gewesen, um wieder auf Punkt 1 zurückzukommen, sich auch beim Personal spezielle Ziele auszudenken und sich diesbezüglich Gedanken zu machen.

Die L2O ist für Eintreten auf das Jahresprogramm 2015.

#### **Eintreten FDP**

Auf fünfeinhalb Seiten wurde dem Einwohnerrat das Jahresprogramm 2015 der Gemeinde Horw vorgelegt.

Dass viele Bautätigkeiten in Horw stattfinden, konnten alle in den Kapiteln Immobilien, Verkehr sowie Raum und Umwelt nachlesen. Diese bilden das Schwergewicht des Jahresprogramms 2015.

Bei der Durchsicht wurde das Thema IT-Strategie, das sich auf die Interpellation von Herrn Luthiger bezieht, genauer angeschaut. Kritisch diskutierten wir die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz, befindet sich doch eine Fachhochschule in nächster Umgebung.

Bei der Bildung muss erwähnt werden, dass der Zweijahreskindergarten von der Gemeinde angeboten werden muss, jedoch nicht obligatorisch ist. Dies könnte gemäss der Formulierung im B+A missverstanden werden.

Bei der Detailberatung werden wir noch gezielter nachfragen, was konkret unter dem Punkt 2.12.2, Massnahmen der Förderung der Freiwilligenarbeit, gemeint ist.

Zum letzten Punkt des B+As, Abfallbeseitigung, ist die FDP der Meinung, dass vor dem weiteren Vorgehen eine Standortevaluation nötig ist. Es scheint uns der richtige Weg, wenn alle Beteiligten ins Boot geholt werden, damit eine ganzheitliche, dauerhafte und sinnvolle Lösung gefunden wird.

Die FDP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Genehmigung vom B+A Nr. 1531.

#### **Eintreten SVP**

Die SVP-Fraktion hat das Jahresprogramm ohne grosse Diskussion einstimmig zur Kenntnis genommen. Im Grossen und Ganzen hat der Gemeinderat seine Hausaufgaben gemacht. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn man über die Finanzen mehr erfahren hätte resp. deren Ziele konkreter aufgezeigt hätte.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Daniel Vozar (SVP)

## Detailberatung

### 2.3.2 IT-Strategie

Wir finden es merkwürdig, dass der Auftrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz gegangen ist und möchten gerne wissen, wie der Ablauf für die Auftragsvergabe war und warum es nicht zu einem Offertverfahren gekommen ist.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Nach der Beantwortung des Vorstosses von Herrn Luthiger haben wir ihn gefragt, ob er an seiner Fachhochschule entsprechende personelle Kapazitäten hat. Es gibt dort eine ausgewiesene Person, die im Bereich Strategieentwicklung schweizweit eine der führenden Fachkräfte ist. Es ist nicht so, dass wir nicht unsere eigene Hochschule berücksichtigen wollten, wir machen das bei anderen Gelegenheiten sehr wohl, beispielsweise beim Tourismuskonzept oder beim Standortmarketing. In diesem Fall haben wir uns aber auf eine Referenz abgestützt, die uns versichern konnte, dass wir mit der Person eine gute Fachkraft engagieren können. Wir haben dann eine Offerte angefordert und diese durch unsere externe Beratungsfirma prüfen lassen. Diese hat festgestellt, dass die Offerte sehr gut und preiswert ist für das, was verlangt wurde. Überzeugt hat auch das stufenweise Vorgehen, d.h. dass wir in der Entwicklung der Strategie immer wieder die Möglichkeit haben, aufzuhören und zu sagen, dass es uns reicht oder wir einen anderen Weg einschlagen möchten. Das hat uns im Gesamten bei der Präsentation überzeugt und darum haben wir uns für die Fachhochschule entschieden.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Wurde geprüft, ob es in Horw diese Möglichkeit auch gibt oder wurde das gar nicht in Betracht gezogen?

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Nein, das haben wir nicht in Betracht gezogen.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

### 2.6.1 Variantenvergleich Trägerschaft beim Kindes- und Erwachsenenschutz

Was unter diesem Punkt steht, entspricht genau dem, was uns bei der Behandlung der Motion Nr. 284/2014 versprochen wurde. Ich habe noch einmal geschaut, was im Jahresprogramm 2014 steht und darin ist sehr schön zu lesen, dass das gleiche Ziel bereits im Jahresprogramm 2014 enthalten war, und zwar mit einer Grundlagenerarbeitung für einen Entscheid auf Ende 2014. Umso mehr hat es mich dann erstaunt, dass meine Motion abgelehnt wurde und ich bin gespannt, was wir dann bei der Behandlung des Jahresberichtes 2014 zu dieser Position zu hören bekommen. Ich hoffe, dass wir Ende 2015 etwas haben.

Thomas Zemp (CVP)

### 2.8.1 Qualitätsmanagement Musikschule

Mich würde interessieren, was das Qualitätsmanagement „quarte III“ der Musikschule umfasst und welchen Mehrwert man sich davon verspricht. Gibt es einen gesetzlichen Auftrag dazu, oder ist das ein selbstbestimmtes Projekt?

Das Qualitätsmanagementsystem „quarte III“ wurde exklusiv für Musikschulen entwickelt und wird gesamtschweizerisch genutzt. Es ist nicht so, dass wir einen Gesetzesauftrag haben, der genau so etwas fordert, aber selbstverständlich sind von Seiten des Kantons Qualitätsstandards und auch deren Nachweis gefordert. Es ist für uns ein sehr geeignetes Instrument, um mit wenig Aufwand zu sehr vielen guten Prozessabläufen, Checklisten und Formularen zu kommen. Das Ganze ist dadurch, dass es ein Gemeinschaftsprodukt ist, mit etwa 7'000 Franken auch sehr kostengünstig. Das System ist für uns erleichternd, weil wir in der Musikschule eine spezielle Situation haben, denn die Lehrpersonen sind nicht am gleichen Ort und auch nicht tagtäglich zusammen. Daher sind gewisse Grundlagen nötig, auf die alle sehr schnell und einfach zugreifen können, damit der Betrieb auch sehr effizient ablaufen kann.

Markus Hool (FDP)

### **Qualitätsmanagement Schule**

Ich habe eine Frage zum Qualitätsmanagement Schule, das nicht aufgeführt ist, aber gemäss Budget in den Jahren 2014 und 2015 ebenfalls eingeführt wird. Ist die Umsetzung bis Ende 2015 abgeschlossen oder ist das ein längerfristiger Prozess?

Thomas Zemp (CVP)

Wir hoffen, dass das bis Ende 2015 abgeschlossen ist. Es war vorgesehen, 2014 mehr zu realisieren, aber aufgrund der knappen personellen Ressourcen lag nicht mehr drin. Darum gibt es auch den Übertrag bzw. die Neubudgetierung für das Jahr 2015. Wir gehen davon aus, dass es dann abgeschlossen ist, zumindest die drei Hauptmodule, mit denen man jetzt auf den Weg gegangen ist und die für uns zentral sind. Es ist möglich, dass es noch irgendwelche nachgelagerten Arbeiten geben wird, das kann ich aber heute noch nicht beurteilen.

Markus Hool (FDP)

### **2.11 Kirchfeld, Haus für Betreuung und Pflege**

Bei diesem Punkt fehlt uns die Motion „Überführung Kirchfeld – Haus für Betreuung und Pflege in eine Aktiengesellschaft“. Motionen sind innerhalb von 12 Monaten nach der Überweisung zu erledigen. Weshalb fehlt dieser Punkt im Jahresprogramm? Können wir trotzdem bis Ende 2015 etwas erwarten?

Rita Sommerhalder (CVP)

Als wir das Ziel festgelegt haben, war die Motion noch gar nicht überwiesen. Jetzt ist klar, dass das gemäss Geschäftsordnung innerhalb eines Jahres erledigt werden muss. In dem Sinn können Sie auch erwarten, dass 2015 etwas vorliegt. Beim Jahresprogramm ist der Planungsbericht gemeint, zu dem im Moment Vorabklärungen laufen und für den im Budget 150'000 Franken eingeplant sind, um den Projektierungskredit auslösen zu können.

Oskar Mathis (L2O)

### **2.12 Soziale Wohlfahrt**

Auch hier fehlt eine Motion. Am 24. Mai 2012 wurde die dringliche Motion „Entlastung pflegender Angehöriger“ überwiesen. Im Verzeichnis der unerledigten Geschäfte vom 21. August 2014 heisst es: „Nach Vorliegen des Konzeptes erhalten Sie den geforderten Planungsbericht.“ Weshalb fehlt dieser Punkt im Jahresprogramm? Können wir trotzdem bis Ende 2015 etwas erwarten?

Rita Sommerhalder (CVP)

Unter Punkt 2.12.4 können Sie lesen, dass die Massnahme erster Priorität aus dem Projekt „Wohnen im Alter“ umgesetzt werden soll. In dem Zusammenhang werden Sie in dem Planungsbericht, den Sie Anfang nächsten Jahres erhalten, weiter informiert.

Oskar Mathis (L2O)

### **2.12.1 Das Konzept Wohnraumpolitik liegt vor**

Dies ist ein sehr umfassender Punkt. Wenn man von Wohnraumpolitik spricht, verstehe ich darunter die Motion Nr. 269/2011 „Altersgerechter und gemeinnütziger Wohnbau in Horw“, wahrscheinlich die Motion Nr. 274/2012, „Zonen für preisgünstigen Wohnraum“, wahrscheinlich die Motion Nr. 282/2014 „Sicherheit ‚Wohnen im Alter‘ im Ortskern“. Jetzt lese ich „Das Konzept Wohnraumpolitik liegt vor. Mit dem Planungsbericht zur Wohnraumpolitik schlagen wir Ihnen mögliche Vorgehensweisen vor. Nach dem Entscheid sind diese konzeptionell zu erarbeiten.“ Was bekommen wir bis Ende 2015? Man spricht von einem Konzept, aber nachher nur von einer konzeptionellen Erarbeitung, die man erst starten wird. Es ist für mich schwer interpretierbar, was da herauskommt.

Thomas Zemp (CVP)

Die Einführung von Thomas Zemp war richtig. Es sind vier oder fünf Vorstösse, die mit dem Planungsbericht zur Wohnraumpolitik erledigt werden können. Für den Planungsbericht ist sehr viel Grundlagenarbeit nötig, bevor wir an Sie gelangen können und wenn Sie den Bericht beraten haben und der Entscheid feststeht, müssen die Massnahmen ausgearbeitet werden.

Manuela Bernasconi (CVP)

### 2.12.2 Freiwilligenarbeit

Ich hätte gerne gewusst, was mit "Konzept und die Massnahmen zur Förderung der Freiwilligenarbeit", die aktualisiert werden sollen, gemeint ist. Ich denke, Freiwilligenarbeit wird in Horw vor allem in Vereinen geleistet.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Seit 2009 haben wir ein Konzept mit Massnahmen, die in der Zwischenzeit mehrheitlich erfüllt sind. Wir möchten jetzt das Konzept aktualisieren und die Massnahmen neu festlegen und somit die nötigen Strukturen zur Verfügung stellen, damit Freiwilligenarbeit in unserer Gemeinde geleistet werden kann.

Oskar Mathis (L2O)

Das Konzept habe ich auf der Homepage vergeblich gesucht. Ich wollte schauen, was das Konzept umfasst. Da es aber sowieso seit 2012 ausgelaufen ist habe ich mich gefragt, ob es überhaupt nötig ist, denn immerhin wurde jetzt zwei Jahre nichts gemacht. Ist das Konzept irgendwo auf der Homepage zu finden?

Thomas Zemp (CVP)

Es gibt auf unserer Homepage einen extra Button "Freiwilligenarbeit", zuständig ist eine Person der Fachstelle "Familie plus". Es gibt auch Treffen zwischen den Freiwilligenorganisationen in der Gemeinde Horw, vor allem zwischen den grösseren Organisationen Brändi, Blindenheim, Frauenverein usw. Auch in dem Zusammenhang möchten wir in Zusammenarbeit mit den Organisationen das Konzept und die Massnahmen aktualisieren.

Oskar Mathis (L2O)

### 2.12.4 Die Massnahmen erster Priorität aus dem Projekt „Wohnen im Alter“ sind umgesetzt

Im Jahresprogramm beziehen Sie sich auf einen Bericht, der noch gar nicht vorliegt. Heisst das jetzt, dass der Bericht im Jahr 2015 erarbeitet wird?

Rita Sommerhalder (CVP)

Mitte 2015 wird es einen Planungsbericht zum Projekt "Wohnen im Alter", das aufgrund des Altersleitbildes ausgelöst wurde, geben.

Oskar Mathis (L2O)

Aus meiner Sicht muss ich sagen, dass es absolut unbefriedigend ist, wenn Sie Sachen in das Jahresprogramm schreiben, zu denen wir die Unterlagen nicht haben. Ich habe eine Replik gemacht und nachgeschaut und Sie, Herr Mathis, haben uns bei der Beratung des Altersleitbildes am 24. Oktober 2013 versprochen, oder zumindest in Aussicht gestellt, dass der Bericht bis Sommer 2014 vorliegt. Es ist nichts passiert, der Bericht liegt immer noch nicht vor und wir wissen auch nicht, was die erwähnten 20 Massnahmen und können deshalb schlicht keine Stellung dazu nehmen. Da frage ich mich, warum wir das überhaupt beraten. Ich weiss nicht, ob die GSK mehr dazu weiss, deren Präsident hat an der gleichen Sitzung versprochen, an jeder Kommissionssitzung nachzuhaken, damit es vorwärts geht, aber es liegt einfach nichts vor. Wenn das als Zielsetzung im Jahresprogramm ist, da können Sie nichts oder viel machen, am Schluss ist das Ziel definitiv erfüllt, weil niemand weiss, welches die 20 Massnahmen sind und welche davon die wichtigsten sind.

Thomas Zemp (CVP)

Wir sind eine Kollegialbehörde und so ein Bericht muss von dieser zuerst genehmigt werden, bevor das Parlament informiert werden kann. Der Bericht lag Mitte Juni vor, man hatte aber das Gefühl, dass es Wichtigeres gibt, das wir zu erledigen haben, und darum wurde er erst jetzt, Mitte November, genehmigt. Wir haben abgemacht, Ihnen den Bericht vorzulegen, beim Jahresprogramm war ich aber schon ein wenig weiter, indem ich mir als Ziel gesetzt habe, dass mindestens die Hälfte der prioritären Massnahmen 2015 erfüllt sind. Mit dem Einverständnis meiner Kollegen könnte ich Ihnen den Bericht auch vorab zustellen.

Oskar Mathis (L2O)

### 2.12.5 Das Projekt Jugendpartizipation ist durchgeführt

Ich möchte auf das Postulat "Pfadi, Blauring usw." zurückkommen, in dem es darum ging, dass Jugendliche Bedürfnisse für Räumlichkeiten geäussert haben und zu dem der Gemeinderat gebeten wurde, Abklärungen zu treffen. Es ist uns seinerzeit in Aussicht gestellt worden, dass wir bis Oktober eine Antwort erhalten. Der Oktober ist nun vorbei und ein Jahresziel für 2015 ist es nicht. Kann ich daraus schliessen, dass heute die Antwort kommt?

Markus Bider (CVP)

Es wurde eine Gesamtschau erstellt und genehmigt und wir sind weiterhin auf Kurs. Die Jugendverbände werden bis Mitte Dezember zu einem Gespräch eingeladen, an dem wir ausloten möchten, was die ganz genauen Bedürfnisse und die finanziellen Möglichkeiten usw. sind.

Robert Odermatt (SVP)

#### Abstimmung:

**Das Jahresprogramm 2015 wird mit 27:1 Stimmen, keine Enthaltungen, zur Kenntnis genommen.**

Roland Bühlmann (SVP)

## 3. Bericht und Antrag Nr. 1533 Budget 2015

### Eintreten GPK

Die GPK hat das Budget in zwei Sitzungen insgesamt neun Stunden mit grossem Engagement beraten. Das Eintreten auf das Budget ist unbestritten.

Markus Bider (CVP)

Der Voranschlag schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 1.3 Mio. Franken ab. Ferner ist eine Entnahme aus dem Steuerausgleichsfonds von 1.26 Mio. Franken geplant.

Auf der Einnahmenseite verweist der Gemeinderat im Kommentar zum Budget stolz darauf, dass der Ertrag bei den ordentlichen Steuern so sehr sprudelt, dass man von einer Zunahme des ordentlichen Steuerertrages von 8 % ausgehen kann. Zusammen mit den übrigen Einnahmen resultiert ein Einnahmenwachstum von 4.6 % oder 3.7 Mio. Franken. Diese gute Ausgangslage wird leider durch einen Anstieg des Aufwandes von 5.1 % oder 4.3 Mio. Franken überkompensiert. Die Personalaufwendungen steigen um 5.7 % und die Sachaufwendungen um 7.2 %. Dies wohlgermerkt in einem Umfeld ohne Inflation und einer Stabilität, wie wir sie in den letzten 50 Jahren nicht gesehen haben. Die Gründe für diese Anstiege sind nachvollziehbar durch Bevölkerungswachstum, Qualitätssteigerungen und Nachholbedarf begründet. Die GPK hat keine Kürzungsanträge beschlossen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das steigende Wachstum der Wohnbevölkerung nicht auch in Zukunft zu stärkerem Kostenwachstum führt als im Moment im Finanz- und Aufgabenplan angenommen wird.

In dieser Ausgangslage kann der Antrag des Gemeinderates auf die Senkung des Steuersatzes überraschen. Bei einem Steuerfuss von 1.55 Einheiten liegt der Aufwandüberschuss, ohne Entnahmen aus Reserven, bei 2.5 Mio. Franken. Dies ist der höchste in den letzten Jahren budgetierte Aufwandüberschuss. Hintergrund des Antrages auf Steuersenkung ist eine Neuinterpretation der Vereinbarkeit von Steuerrabatten mit der Gemeindeordnung von Horw.

Nach dem aussergewöhnlichen, in dieser Form nicht wiederkehrenden Rechnungsergebnis des Jahres 2013 bestand zwischen Einwohnerrat und Gemeinderat ein Konsens, die Steuerzahler am guten Ergebnis zu beteiligen. Man plante mit Beginn im Jahr 2014 einen befristeten, jährlich neu zu bestimmenden Rabatt auf dem geltenden Steuerfuss

zu beschliessen und die Kosten jeweils dem zu diesem Zweck geschaffenen Steuerausgleichsfonds zu belasten. Wenn dieser aufgebraucht wäre, wären die Steuerrabatte ausgelaufen und man wäre zum geltenden Steuerfuss zurückgekehrt. Im Einklang mit diesem Vorhaben wurde das Reglement für den Steuerausgleichsfonds verfasst und vom Parlament verabschiedet.

Im Laufe des Sommers und in Konsultation mit dem Amt für Gemeinden reifte im Gemeinderat eine Auffassung, dass solche Steuerrabatte nicht zulässig seien, obwohl genau dies in den Jahren 2009 und 2014 gemacht wurde, ohne dass die kantonal zuständigen Aufsichtsorgane ihrer diesbezüglichen Aufsichtspflicht erkennbar nachgekommen wären.

Somit, und die GPK hat sich dies vom Amt für Gemeinden nochmals bestätigen lassen, können die geäußerten Reserven nur über eine vom Souverän zu beschliessende reguläre Steuersenkung an die Steuerzahler weitergegeben werden. Sind die Reserven verteilt, müssen die Steuern bei unveränderten Rahmenbedingungen dann per Volksentscheid wieder erhöht werden.

Hier setzt nun ein weiteres Element der gemeinderätlichen Beurteilung an. Aufgrund des hohen Steuerkraftwachstums und der quantitativen Wachstumseffekte dank Zunahme der Wohnbevölkerung, geht die Fünfjahresplanung des laufenden Finanz- und Aufgabenplanes davon aus, dass die Gemeinde ab 2019 schwarze Zahlen schreibt. Zudem wird darauf verwiesen, dass in den letzten Jahren die effektiven Rechnungsergebnisse gegenüber den Budgets generell deutlich besser waren und somit Eigenkapital gebildet wurde.

Aus diesen beiden Aspekten schöpft der Gemeinderat den Optimismus, dass nach Verbrauch des Steuerausgleichsfonds in einigen Jahren eine strukturell bessere Gemeinderrechnung eine künftige Steuererhöhung dannzumal unnötig macht.

In der GPK herrschte mehrheitlich Einigkeit, dass man wie angekündigt, die Sondererträge innert nützlicher Frist zurückführen will. Weniger überzeugt ist die GPK, ob die Rechnungsergebnisse wirklich dem gültigen Finanz und Aufgabenplan folgen werden. Schliesslich haben sich die Finanz- und Aufgabenpläne der letzten fünf Jahre allesamt als zu optimistisch herausgestellt. Das heisst konkret, dass einige Kommissionsmitglieder die Notwendigkeit eines Steuerfusses von 1.6 Einheiten für eine strukturell ausgeglichene Rechnung in Betracht ziehen.

Die GPK hat sich vom Gemeindepräsidenten ausführlich über die neuesten Entwicklungen im Bereich Grisigen orientieren lassen. Sie konnte sich überzeugen, dass der Gemeinderat die Interessensicherung der Gemeinde speditiv und mit grosser Ernsthaftigkeit aufgenommen hat. Wir sind zur Einschätzung gelangt, dass in der nun vorliegenden Ersatzklage für materielle Enteignung keine Elemente enthalten sind, welche grundsätzlich neu wären und zum Zeitpunkt der Volksabstimmung von 2009 nicht bekannt und nicht diskutiert worden sind. Daher besteht aus Sicht der GPK im Moment kein Grund, von der bisherigen kommunizierten Risikoeinschätzung abzuweichen. Die Klage bezüglich Grisigen hat die Beratungen der GPK zum Voranschlag 2015 materiell nicht beeinflusst.

In der Schlussabstimmung hält eine Mehrheit der GPK eine Senkung des Steuerfusses zwecks Rückführung der guten Erträge der vergangenen Jahre für ökonomisch richtig. Eine Kommissionsminderheit votierte angesichts der Unsicherheit über künftige Belastungen (Stichworte Kirchfeld, Unternehmenssteuerreform 3, steigende Kosten bei der Bildung und der Sozialen Wohlfahrt) für eine Beibehaltung des Steuerfusses. Diese Unsicherheiten mögen auch der Grund sein, dass in der GPK keine Mehrheit für eine Abstimmungsempfehlung zu Handen der Abstimmenden zustande gekommen ist.

Die GPK stellt fest, dass einige Positionen der Laufenden Rechnung, wie auch der Investitionsrechnung, unvollständig behandelt bleiben müssen, weil verlangte oder in Aussicht gestellte Planungsberichte oder Projektkredite dem Rat noch nicht vorgelegt wurden. Die GPK bedauert dies und fordert den Gemeinderat auf, die Planung der Geschäfte in Zukunft besser mit dem Budget zu koordinieren und die Erledigung der nötigen Arbeiten energisch durchzusetzen.

Die GPK ist für Eintreten und Annahme des Budgets 2015.

### **Eintreten BVK**

Die BVK hat das Budget 2015 in Bezug auf baurelevante Belange eingehend beraten.

Mit dem B+A Nr. 1533 zeigt uns der Gemeinderat auf, für welche Aufgaben, Wünsche und Verpflichtungen in Horw das Geld ausgegeben wird und wo Einnahmequellen sprudeln. Das Geld ist vorhanden und muss nun, sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite, optimal eingesetzt werden. Mit diversen Berichten und Anträgen haben wir während des Jahres beschlossen, was für Projekte gemacht werden müssen und da gilt es jetzt, die Budgettreue zu überprüfen.

In der Beratung gaben folgende Budgetposten Anlass zu Diskussionen:

- Unterhalt von Liegenschaften: Mehrheitlich konnten wir feststellen, dass der Gebäudeunterhalt weniger hoch ausfällt.
- Die Ausgaben für Löhne werden steigen, da neue Stellen geschaffen werden.
- Der Rückbau der Krienserstrasse ist im Budget vorhanden. Der Gemeinderat wird uns demnächst einen B+A vorlegen, in dem die offenen Fragen bezüglich Klassifizierung und der Finanzierung geklärt werden.
- Für die Planung des Bauprojekts "Bahnhofareal" müssen wir einen Kredit sprechen. Aus Sicht der BVK wird es endlich Zeit, dass das Projekt umgesetzt wird. Jede Diskussion führt zu neuen Ideen und unweigerlich zu neuen Fachplanern, die für die Beurteilung und Umsetzung des Projektes einbezogen werden. Das ist nicht gerade kosteneffizient und den grössten Teil kann man sparen, wenn man die Termine knapp setzt.
- Zum Einbau der Kipfenster im Sportgebäude Seefeld fragt sich die Kommission, ob es sich um einen Planungsfehler handelt. Ob man noch jemanden belangen kann ist fraglich, weil die Fristen ja schon längst abgelaufen sind.
- Zum baulichen Unterhalt Krämerstein stellt sich die BVK die Frage, ob nicht Arbeiten durch die Werkdienste erledigt werden können, wie z.B. die Rinnen beim Weg oder die Baumpflege. Dazu warten wir noch auf eine Antwort.
- Bei den Bodenbelägen der Horwerhalle ist die Ursache vom glitschigen Hallenboden die Folge von intensiver Nutzung und der Pflege.
- Die vielen Projekte bedingen eine Aufstockung der Stellenprozente im Baudepartement, z.B. bei der Umweltschutzstelle.
- Die neueste Version vom geografischen Informationssystem und dessen Genauigkeit bedingt, dass der Zonenplan überarbeitet werden muss.
- Gespannt können wir auf das Konzept für die Umgebung Ortskern warten. Dem Budgetposten kann entnommen werden, dass gemäss den Kosten etwas Grosses entstehen wird.
- Beim betrieblichen Strassenunterhalt müssen zusätzliche Kosten von 44'000 Franken budgetiert werden. Das Abwasser bei den Strassenschächten muss vorgereinigt werden und darf erst dann der Kanalisation zugeführt werden. Das ist bereits seit längerem Vorschrift, die Einrichtung auf den Fahrzeugen hat aber bisher gefehlt.
- Kabelfernsehaufnahmen der Kanalisation sind im Rhythmus von 12 Jahren geplant. Diese sollen künftig ausgeschrieben werden.

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

- Handlungsbedarf besteht auch beim Hochwasserschutz. Die einzelnen Fragen wurden vom Gemeinderat und der zuständigen Stelle kompetent beantwortet.

Die BVK bedankt sich für die präzise, detailliert kommentierte Ausarbeitung des Budgets und ist einstimmig für Eintreten und Zustimmung der bau- und verkehrsrelevanten Beläge des Budgets 2015.

### **Eintreten GSK**

Die GSK hat an ihrer Sitzung vom 12. November 2014 das Budget im Bereich Gesundheit und Soziales genauestens studiert und besprochen. Der Präsident der GSK hat mit der Leiterin vom Kirchfeld, Frau Schultze, sämtliche Kleininvestitionen in Höhe von 489'500 Franken, die auf Seite 132 aufgeführt sind, dahingehend vorbesprochen, ob die Notwendigkeit der Investitionen gerechtfertigt ist. Zusätzlich wurde Frau Schultze für die Beantwortung allfälliger Fragen seitens der Kommissionsmitglieder zur Kommissions-sitzung eingeladen.

Es ist uns bewusst, dass Neuanschaffungen gemacht werden müssen, um im Markt der sog. Alters- und Pflegeheime bestehen zu können. Diese betreffen im Budget 2015 hauptsächlich Apparaturen wie Kaffeemaschinen, Spülmaschinen, Schöpfwagen etc. Es hat sich herausgestellt, dass von den älteren Produkten nur noch sehr schwer Ersatzteile zu beschaffen sind, z.B. beim Geschirr oder auch bei den IT-Einrichtungen.

Für den Gastroservice wird ein Teil des Personals speziell um- resp. angeschult. Diese Änderungen und Anschaffungen ermöglichen bei den Mahlzeiten eine viel grössere Auswahl als bisher. Dieses neue System wurde mit Erfolg an verschiedenen, auf Seite 133 aufgeführten Pflegeinstitutionen bereits eingeführt.

Seit 2011 sind keine Taxanpassungen mehr erfolgt. Im Vergleich mit anderen Gemeinden wurde es notwendig, ja sogar zwingend, dass das gemacht werden muss. Durch diese Erhöhung steigen natürlich auch die Gemeindebeiträge. Diese Kosten können nicht auf die Bewohnerinnen und Bewohner oder Krankenkassen abgewälzt werden, da diese Beiträge gemäss Vorgaben vom Bund fixiert sind. Uns in der GSK scheint es aber sehr wichtig, dass die Taxstrukturen im Auge behalten werden. Ein jährliches Überprüfen ist sehr empfehlenswert.

Durch den Umstand, dass der Kanton die Kriterien auf Anspruch einer Prämienverbilligung verschärft hat, müssen weniger Prämienverbilligungen ausbezahlt werden. Diese Senkung wirkt sich positiv auf die Gemeindekasse aus.

Bei der Pflegefinanzierung ist eine Erhöhung von 461'500 Franken zu verzeichnen. Das ist deutlich weniger als in den letzten Jahren. Diese Zahlen sind einerseits abhängig von der Anzahl Bewohnerinnen und Bewohner und andererseits, welche Pflegestufen angewendet werden müssen.

Die GSK hat allen sozial- und gesundheitsrelevanten Themen des Budgets 2015 einstimmig zugestimmt und ist für Eintreten.

Jörg Conrad (SVP)

### **Eintreten CVP**

Beim Studium des Budgets 2015 fällt zunächst auf, dass wir erfreulicherweise wiederum mit höheren Steuereinnahmen rechnen dürfen und das trotz des Wegfalls der Liegenschaftssteuern. Aber auch die Ausgaben steigen, und sie steigen im Vergleich zum Budget 2014 stärker als die Einnahmen. Zum einen ist das zurückzuführen auf gebundene Mehraufwände und die höheren Finanzausgleichszahlungen an den Kanton. Was uns aber besonders hellhörig machen muss, sind die steigenden Mehrausgaben im Handlungsbereich der Gemeinde, insbesondere die Erhöhungen im Stellenplan und das Plus von 7 % gegenüber dem Budget 2014 beim Sachaufwand.

Auch wenn die einzelnen Begründungen für die Mehraufwände durchaus nachvollziehbar sind und wohl auch Sinn machen, heisst es jetzt, dass wir nicht übermütig werden. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht über die Stränge schlagen, sondern grossen Wert auf die Ausgaben- und Budgetdisziplin legen. Das ist in guten Zeiten schwieriger als in schlechteren Zeiten. Zurzeit macht es aber den Eindruck, dass der Gemeinderat diese Situation im Griff hat. Wir verfolgen die weitere Entwicklung aufmerksam.

Vertieft diskutiert hat die CVP-Fraktion die vom Gemeinderat beantragte Reduktion des Steuerfusses auf 1.55 Einheiten. Wir haben nochmals überprüft, ob wir das aufgrund der sich möglicherweise öffnenden Schere zwischen dem Einnahmen- und Ausgabenwachstum mit gutem Gewissen machen können. Wir sind klar zum Schluss gekommen, ja, wir können das machen. Eine Steuerreduktion ist absolut gerechtfertigt und verantwortbar und zwar aus folgenden Gründen:

- Der seriös ausgearbeitete Finanz- und Aufgabenplan erlaubt grundsätzlich die Steuersenkung. Der Gemeinderat und der Leiter Finanzen sind keine Hasardeure. Würden bei ihnen Zweifel an der Machbarkeit der Steuersenkung bestehen, würden sie wohl kaum von sich aus eine solche beantragen. Das politische Risiko wäre viel zu gross und der politische Nutzen daraus viel zu klein.
- Wenn wir in die Vergangenheit schauen, stellen wir unschwer fest, dass die Budgets praktisch durchwegs auf der vorsichtigen Seite lagen. Bemerkenswert ist, dass wir eigene und kantonale Steuersenkungen, wie auch wesentliche Mehrausgaben, dank des fortgesetzten Steuerertrags-Wachstums in der Vergangenheit weitgehend weggesteckt und kompensiert haben. Wir sind zuversichtlich, dass auch der diesjährige Jahresabschluss diesem Trend folgen dürfte.
- Auch Rückstellungen für irgendwelche Eventualitäten und Unwägbarkeiten machen keinen Sinn, solange wir über deren Beträge und über die Eintretenswahrscheinlichkeiten nur spekulieren können.

Kurzum: Zur Erfüllung von den Gemeindeaufgaben brauchen wir die elf Millionen im Steuerausgleichsfond nicht. Die öffentliche Hand soll nicht Gelder horten. Der haushälterische Umgang mit den von den Steuerzahlenden zur Verfügung gestellten Mitteln ist der CVP-Fraktion sehr wichtig. Und es ist für uns selbstverständlich, dass wir nicht benötigte Mittel dem Steuerzahler wieder zurückgeben. Wir stützen somit den Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss auf 1.55 Einheiten zu senken.

Es ist aber nicht unser Ziel, Steuerreduktionen um jeden Preis und auf Teufel komm raus zu fordern. Vielmehr ist unser oberstes Gebot eine verantwortungsvolle, solide und kostenbewusste Haushaltsführung auf der Basis unserer Rahmenbedingungen hier in Horw. Oder anders gesagt: Steuersätze wie in Meggen sind nicht unser Ziel, weil Meggen andere Voraussetzungen hat. Das Gebot der soliden Haushaltsführung heisst für die CVP-Fraktion auch, dass wir das Verantwortungsbewusstsein haben, den Steuerfuss später wieder auf die 1.6 Einheiten zu erhöhen, falls das entsprechende Parameter in der Zukunft erforderlich machen sollten.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Annahme des B+A Nr. 1533.

## Eintreten L20

Konrad Durrer (L20)

Die Ausgangslage ist von den Kommissionen schon ausführlich präsentiert worden.

Auch wir stellen fest, dass die Ausgabenseite stetig wächst. Das ist aber vor allem ein Abbild der kantonalen Steuerpolitik und anderer neuer Aufgaben, die auf die Gemeinde überwälzt werden. Der Gemeinderat schlägt für die kundengerechte und gesetzeskonforme Aufgabenerfüllung einige moderate Stellenerhöhungen vor. Wir können den Bedarf nachvollziehen.

Es fehlen uns aber - und jetzt muss man ja eine Gesamtbetrachtung machen, wenn man eine dauerhafte Steuersenkung vollziehen möchte - längerfristige Perspektiven.

- Wo sind z.B. Budgetposten für den Ankauf einer Liegenschaft, um wirklich preisgünstigen Wohnraum zu erhalten oder mit der Erhöhung der Mietzinsbeihilfen auch für Durchschnittsbürger faire Mietzinsen in der Gemeinde anbieten zu können?
- Wo sind die Budgetposten für die Realisierung des Spitex-Stützpunktes als ambulantes Kompetenzzentrum für das Alter?
- Könnte in Horw nicht sogar eine Tagesschule umgesetzt werden, wo doch zurzeit nicht einmal für die schulergänzende Nachmittagsbetreuung gesicherte Räumlichkeiten vorhanden sind?
- Oder die Verbilligung von Krippenplätzen endlich auf ein Niveau anheben, das in der Stadt und in der Agglomeration auch vorhanden ist?
- Leisten wir uns doch mittlere Klassengrössen, statt durch laufende Erhöhung der Mindestzahl die Qualität abzubauen oder durch die Vergrösserung der Schulkreise Familien auseinanderzureissen.
- Wir könnten uns auch anteilmässig an den Kosten von Infrastrukturen in der Agglomeration beteiligen.

Uns fehlen die Ausgaben, welche die wirkliche Attraktivität der Gemeinde erhalten.

Kommen wir zur Einnahmenseite. Auch wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass sich die Einnahmen gut entwickeln. Wir halten aber das im Budget einberechnete Steuerkraftwachstum für massiv übertrieben und unrealistisch. Weitere Bedenken haben wir, wenn man den längerfristigen Kontext anschaut und darum ist aus unserer Sicht eine dauerhafte Steuersenkung nicht angepasst.

- Es drohen uns weitere grössere ungeplante oder noch nicht geplante Ausgaben, Stichwort Grisigen. Ja, wir haben keine Neubeurteilung gemacht und das heisst, dass wir weiterhin nichts eingeplant haben. Für die Finanzierung der Infrastruktur für "horw mitte" ist auch nichts enthalten.
- Stehen uns nicht vielleicht weitere Kostensteigerungen in der Pflegeversicherung bevor? Oder weitere Abwälzungen aus der IV und Kosten aus der Arbeitslosenversicherung, die auf unsere Sozialhilfe abgewälzt werden?
- Oder andere Kostenabwälzungen vom Kanton und vom Bund
- Kommt jemand wegen einem Steuerzwanzigstel nach Horw?

Sparen wir uns den Fonds für bessere Zeiten. Auswirkungen der Sparmassnahmen führen vielleicht zu einer kantonalen Steuererhöhung und dann stehen wir gut da, wenn wir die wieder kompensieren können.

Nutzen wir die Mittel für eine zukunftsgerichtete, aktive Planung in Horw, statt Steuer geschenke zu verteilen, von denen die Reichen überproportional profitieren.

Darum sind wir gegen dauerhafte Steuergeschenke für die Reichen und gegen die Festlegung eines Steuersatzes auf 1.55 Einheiten, aber für Eintreten auf die Vorlage.

### **Eintreten FDP**

Bei der Behandlung des Budgets 2015 hat die FDP-Fraktion gestaunt, wie stark das jährliche Ausgabenwachstum und diverse Planungs-, Projektierungs- und Konzeptkosten ausgefallen sind. Auch die verschiedenen Bereiche des Qualitätsmanagements verursachen immer höhere Kosten. Bei einzelnen Posten bekommt man den Eindruck, dass man eine einmalige starke Kostensteigerung vom Vorjahr, wegen einer besonderen Situation, einfach für das neue Budget übernimmt und sogar noch ausbaut. Das ist beispielsweise bei den Dienstleistungen und Honoraren beim Umweltschutz der Fall. Trotzdem unterstützt die FDP-Fraktion die Anträge zum Budget einstimmig. Nach unserer Meinung war das Vorgehen, das schliesslich zum Antrag für eine Steuersenkung geführt hat, sehr unglücklich. Wir hätten weiterhin einen Steuerrabatt eindeutig bevorzugt. Aber aufgrund der verfahrenen neuen Situation halten wir eine Steuersenkung für eine einzige akzeptable Alternative. Wir sind auch der Meinung, dass man eine Steuersenkung nicht mit den Schadensersatzansprüchen der AGZ Ziegeleien vermischen sollte. Wenn wir jetzt aber eine Steuersenkung begrüßen, muss man später bei einer entsprechend schlechteren Finanzlage auch bereit sein, die Steuern wieder zu erhöhen.

Eine grössere Diskussion gab es bei uns auch über die beantragte Lohnerhöhung. Da wir bereits bei der Pensionskasse Verbesserungen von 250'000 Franken zulasten der Öffentlichkeit beschlossen haben, erachten wir die individuelle Lohnerhöhung von 1 % für das Personal als sehr grosszügig.

Auf weitere Punkte werden wir bei der Detailberatung eingehen. Die FDP-Fraktion beantragt Eintreten auf das Budget 2015.

### **Eintreten SVP**

Die SVP-Fraktion hat an ihrer Sitzung vom 13. November 2014 den Bericht und Antrag genauestens studiert und diskutiert und nimmt dazu wie folgt Stellung: Das Budget 2015 schliesst mit einem Defizit von 1.3 Mio. Franken ab. Es kann aber offensichtlich aus dem vorhandenen Eigenkapital gedeckt werden. Trotzdem möchte die SVP-Fraktion darauf hinweisen, dass immer noch ein strukturelles Defizit von 1.3 Mio. Franken vorhanden ist und deshalb sei die Bemerkung erlaubt, dass alles daran gesetzt werden muss, dieses Defizit in naher Zukunft auszugleichen. Die SVP war immer für einen ausgeglichenen Haushalt und das muss angestrebt werden. Andererseits sollte es aber auch möglich sein, geplante Steuersenkungen unbedingt durchzusetzen. Es ist ein ökonomischer Grundsatz, dass Steuersenkungen eine Investition in die Zukunft sind.

Dass die Gemeinde Horw eine blühende Zukunft vor sich hat, wird wohl keiner in diesem Rat bestreiten. Darum ist die SVP-Fraktion auch für Senkung des Steuersatzes. Das eingangs erwähnte strukturelle Defizit wird hauptsächlich durch ein kostentreibendes Bildungswesen begründet, unter anderem wegen zusätzlicher Kindergarten- und Primarschulklassen. Dieser Aufwandsposten ist abhängig von der jeweiligen Schüleranzahl.

Die neu geplante Stelle im Umweltschutz wäre nicht partout notwendig, wenn effizienter gearbeitet würde. Unter der Position Dienstleistungen und Honorare ist ein markanter Anstieg vorgesehen. Dies müsste unserer Auffassung nach nochmals gründlich durchdacht werden.

Selbst in der Pflegefinanzierung ist eine Erhöhung erkennbar, dazu habe ich schon im Eintreten der GSK meine Bemerkungen angebracht.

Je besser es einer Gemeinde geht, desto höher ist der Betrag an den kantonalen Finanzausgleich. Ein Faktum, dass ebenso viele Gegner wie Befürworter hat.

Jörg Gilg (FDP)

Jörg Conrad (SVP)

Gestatten Sie mir, auch auf etwas Positives hinzuweisen. Letztes Jahr hat die SVP betreffend der buchhalterischen Darstellung der internen Leistungsverrechnungen oder internen Verrechnungen moniert. Der Gemeinderat hat anlässlich der letztjährigen Budgetdebatte versprochen, dass dies dieses Jahr viel transparenter dargestellt werden würde. Meine Damen und Herren, der Gemeinderat hat sogar Wort gehalten und ich gratuliere unserem Finanzdirektor im Namen der SVP, dass er dies in die Tat umgesetzt hat.

Trotz dem strukturellen Defizit von 1.3 Mio. Franken stellen wir fest, dass eine immense Arbeit hinter dem 159-seitigen Budgetbericht steckt. Die Arbeit wurde, trotz unserer sachlichen und teilweise inhaltlichen Kritik, kompetent ausgeführt. Dafür dankt die SVP-Fraktion dem zuständigen Gemeinderat. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf das Budget 2015 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung.

Ich danke Ihnen für die positive Würdigung des Budgets 2015 durch die Kommissionen und Fraktionen.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ein Wort vorweg zum Antrag des Gemeinderates, statt eines Steuerrabatts eine Steuersenkung zu beantragen. Sie haben vor einem Jahr, auf Antrag des Gemeinderates, für das Rechnungsjahr 2014 einen Steuerrabatt von 1/20 Einheit beschlossen. Diese Zwanzigsteinheit soll mit einer Entnahme aus dem Steuerausgleichsfonds kompensiert werden. Das Gleiche war auch für die Folgejahre vorgesehen und war auch die Meinung des Gemeinderats bis diesen Sommer. Sie wissen aber auch, dass letztes Jahr die Diskussion stattfand, wie lange man einen Steuerrabatt gewähren kann. Es war nicht bestimmt, ob das zwei oder drei Jahre sind bzw. ab wann man eine Umgehung der Gemeindeordnung riskiert, die zwingend vorschreibt, eine Steuersenkung vors Volk zu bringen. In der Situation sah ich mich gehalten, bei der Finanzaufsicht der Gemeinden eine Anfrage zu starten, nicht in der Meinung und nicht mit der Frage, ob ein Steuerrabatt überhaupt zulässig ist. Wir waren der Meinung, dass es zulässig ist, weil 2009 und auch mit Beschluss 2014 der damalige Regierungsstatthalter, der heute bei der Finanzaufsicht der Gemeinden ist, keine Vorbehalte hatte. Ich habe die Frage gestellt, wie lange ein Steuerrabatt gewährt werden kann, ohne dass man eine Umgehung der Gemeindeordnung vermuten muss. Zu unserer Überraschung kam die Antwort, dass ein Steuerrabatt mit einer Steuersenkung gleichzusetzen und darum zwingend dem Volk zu unterbreiten ist.

Jetzt kann man fragen, warum wir das nicht vorher abgeklärt haben, aber dann muss ich sagen, wenn ich alles vorher abklären würde, was der Regierungsstatthalter niemals moniert hat, dann käme ich aus dem Abklären nicht mehr heraus.

Der Gemeinderat hat nicht freiwillig von der Strategie für einen Steuerrabatt Abstand genommen, sondern es war die Absicht, diesen ein paar Jahre zu gewähren und zu beobachten, wie sich die Rechnungen entwickeln und Ihnen dann eine Senkung des Steuerfusses oder deren Abstand davon vorzuschlagen.

Der Gemeinderat hat im Rahmen des Budgetprozesses nochmal eine Abwägung vorgenommen und noch einmal überlegt, in welche Richtung man Ihnen einen Antrag unterbreiten möchte. Die Sprecher haben ganz deutlich hervorgeschildert, dass wir einen Steuerausgleichsfonds haben und auf der anderen Seite zeichnet sich auch eine bessere Voraussetzung fürs Budgetieren ab. Wir haben noch einmal das Budget mit dem Finanz- und Aufgabenplan 2015-2020 verglichen und festgestellt, dass wir gegenüber dem Finanz- und Aufgabenplan mit dem Budget um ca. 0.5 Mio. Franken bessere Voraussetzungen haben. Das kommt in dem halben Jahr zustande, mit dem wir mehr Budgetsicherheit bekommen, z.B. durch Mitteilungen des Kantons, aber auch durch Entwicklungen im Bereich der Steuern und weiteren Positionen. Diese Unsicherheit wird

in Zukunft ausgeräumt, weil HRM2 vorschreibt, dass jeweils das erste Finanz- und Aufgabenplanjahr dem Budget des nächsten Jahres entspricht, so dass die Zeitspanne von Frühsommer bis Herbst verloren geht. Wir unterbreiten Ihnen dann im Herbst gleichzeitig den Finanz- und Aufgabenplan mit dem Budget. Das hat Vorteile, aber auch Nachteile. Insofern muss ich dem GPK-Präsidenten widersprechen, der sagt, die Finanz- und Aufgabenpläne seien in den letzten Jahren falsch gewesen. Sie waren aber nicht falsch, sondern sind verzögert eingetreten. Bei der Beratung des Finanz- und Aufgabenplanes habe ich Ihnen gesagt, je weiter in die Zukunft der Betrachtungshorizont ist, desto ungewisser ist die Entwicklung. Je näher wir aber an das laufende Budgetjahr herankommen, umso genauer wird es und wenn man die ersten Jahre der jeweiligen Finanz- und Aufgabenpläne anschaut, lagen wir nicht so schlecht. Wenn wir daneben lagen, war es durch Entwicklungen, die man beim besten Willen nicht voraussehen konnte.

Ob Steuersenkung Ja oder Nein oder Ausgabensteigerungen Ja oder Nein, da finde ich mich jedes Jahr in der gleichen Diskussion wieder, speziell dann, wenn es um Steuersenkungen geht. Ich habe einmal geschaut, wie im Jahr 2007 die Diskussionen waren. Es war haargenau das Gleiche, auf der einen Seite wurde sehr optimistisch und auf der anderen Seite sehr pessimistisch argumentiert. Was nachher eingetreten ist, wissen wir alle, im Nachhinein ist man immer schlauer. Ich möchte Sie bitten, bei der Debatte daran zu denken, dass Budgetieren keine exakte Wissenschaft ist, sondern immer ein Abschätzen, wie sich etwas entwickeln könnte.

Die Anträge zu den Ideen der Mehrausgaben, die Herr Durrer genannt hat, kann man natürlich stellen, ich möchte Sie aber auch da bitten, machen Sie das beim Finanz- und Aufgabenplan, schaffen Sie da politische Mehrheiten, dann kann man das aufnehmen. Beim Budget mit Sachen zu kommen, die langfristig geplant werden müssen, ist einfach zu spät.

### **Detailberatung Laufende Rechnung nach Arten**

#### **301 Löhne Verwaltung, S. 11**

Es heisst, der Stellenplan werde im Bereich Reinigung um 40 % nach oben angepasst. Das betrifft Aufgaben, die bisher durch einen Stelleninhaber eines geschützten Arbeitsplatzes sowie Aushilfen erledigt wurden. Was heisst das bezogen auf den geschützten Arbeitsplatz? Gibt es den jetzt nicht mehr und wenn ja, wieso?

Den geschützten Arbeitsplatz gibt es nicht mehr, weil die Person, die den Platz innehatte, so schwer krank ist, dass eine Rückkehr an den Arbeitsplatz nicht mehr wahrscheinlich ist. Das heisst nicht, dass so ein Arbeitsplatz für immer weg ist. Wenn sich wieder einmal so eine Gelegenheit ergibt, werden wir so einen Platz schaffen.

Meines Wissens war es einmal ein Anliegen, dass die Gemeinde solche geschützten Arbeitsplätze anbietet. Das ist nicht abhängig von der Person, die diesen jetzt hatte, sondern das ist ein Angebot, das wir machen möchten und das wahrscheinlich auch irgendwo im Budget enthalten ist. Macht die Gemeinde etwas, damit der geschützte Arbeitsplatz wieder besetzt wird oder wird gewartet bis jemand fragt, ob wir so etwas haben? Wir haben das einmal geschaffen und das ist gut so, aber man müsste auch schauen, dass wieder jemand kommt.

Thomas Zemp (CVP)

Robert Odermatt  
(SVP)

Thomas Zemp (CVP)

Als Personalverantwortlicher möchte ich sagen, dass es in diesem Fall ein auf eine Person bezogener Arbeitsplatz war. Das ist jemand, der bei uns gearbeitet hat und gesundheitliche Probleme bekommen hat. Man wollte die Person nicht einfach fallen lassen und hat zusammen mit der IV eine Massnahme getroffen. Gesundheitlich hat sich das leider so entwickelt, dass die Person nicht mehr bei uns sein kann. Wir sind offen für solche Arbeitsplätze, aber eigentlich war die Meinung, dass man Fälle innerhalb der Gemeinde, die solche Beeinträchtigten haben, nicht einfach fallen lässt, sondern weiterbeschäftigt. Wenn man aber irgendwo eine Hilfe, auch im Sinn einer Wiedereingliederung, schaffen kann, sind wir auch durchaus offen gegenüber jemandem von aussen.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

### **306 Dienstkleider, S. 12**

Die GPK hat die Feststellung gemacht, dass die Brandschutzkleider bereits beschafft wurden. Die Vorstellung vom entsprechenden Sachverantwortlichen war, die Beschaffung auf zwei Budgetjahre aufzuteilen. Das ist gut gemeint, aber unzulässig und wir bitten die Gemeinde, das IKS der Auftragsvergabe so zu überprüfen, dass sichergestellt ist, dass nur Beträge ausgegeben werden, die im Budget auch vorgesehen sind. Wir haben jetzt im Budget 2014 eine Kostenüberschreitung um den Betrag und wenn der Rat die Dienstkleider jetzt nicht beschaffen möchte, würde man uns sagen, dass das bereits passiert ist. Das ist nicht das Ziel von Budgetierung.

Markus Bider (CVP)

Herr Bider, Sie haben Recht, das Vorgehen ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Die Beschaffung im Ganzen war sinnvoll, aber dann muss es auch budgetiert werden. In der Vergangenheit ist es offenbar immer so gemacht worden in der Meinung, das Budget ein wenig glätten zu können. Ich kann Ihnen versprechen, dass das in Zukunft, unter meiner Führung, nicht mehr so gemacht wird.

Robert Odermatt  
(SVP)

### **Budget nach KORE**

#### **3010 Departemente, S. 21**

Ich nehme Bezug auf das Thema Umweltschutz, bei dem es um die kommunale Energieplanung und die Stellenaufstockung geht. Die Stellenaufstockung beschliessen wir jetzt, aber den verlangten B+A haben wir noch nicht. Das passt irgendwie schlecht zusammen, weil wir jetzt rechtskräftig etwas beschliessen, zu dem wir die Entscheidungsgrundlage noch nicht haben. Das ist jetzt so ein Fall, bei dem die Synchronisation schlecht läuft und ich sehr darum bitten möchte, die Erstellung der B+As durchzusetzen, denn die brauchen wir, sonst können wir das Budget nicht wirklich konsistent bearbeiten und das empfinde ich als störend.

Markus Bider (CVP)

Was würde passieren, wenn man den Stellenplafonds erhöht und anschliessend beim B+A zum Schluss kommt, dass man ihn nicht erhöhen möchte? Wird die Stellenaufstockung dann erfolgen oder nicht?

Es war der Wunsch, den B+A mit dem Budget zu koppeln, aber wir haben das einfach nicht geschafft, genau aus den Gründen, wegen denen wir die Stellen erhöhen möchten. Die Stelleninhaberin war krank und wir haben keine Stellvertretung. Wir sind jetzt soweit, dass Ihnen der B+A im Januar vorgelegt werden kann und schaffen sicher keine Stelle, bevor Sie nicht den B+A gesehen haben. Die Stelle wird auch nicht ausgeschrieben, sondern wir warten Ihre Reaktion ab. Erst nach der Beratung würde der Budgetposten ausgelöst. Das ist ähnlich, wie wir es bei der Investitionsrechnung machen, in der wir häufig Positionen haben, zu denen Sie noch einen B+A verlangen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Ein ähnlicher Fall ist die Stelle für die Projektleitung im Hochbau. Diese war bereits im Oktober ausgeschrieben und da läuft jetzt das Selektionsverfahren. Wird die Person unter Vorbehalt angestellt? Das Budget wird ja wahrscheinlich erst Anfang Februar genehmigt.

Thomas Zemp (CVP)

Da ist es ein wenig anders, weil es eine spezielle Stelle ist, bei der auch der Markt recht ausgetrocknet ist. Wir sind davon ausgegangen, dass wir mehrmals ausschreiben müssen, bis wir eine entsprechende Person finden. Jetzt sind wir in der Evaluationsphase und wissen nicht, ob wir die Stelle noch einmal ausschreiben müssen. Die Person könnte dann sowieso erst im März anfangen.

Manuela Bernasconi (CVP)

**3201 Schulpflege, S. 21**

Marcel Wirz (FDP)

Es sind erneut Kosten für das "QM Schule" aufgeführt. Mit den Zusatzkosten wird das Projekt für die Gemeinde gesamthaft mehr als 100'000 Franken kosten. Der Nutzen, der mit dem Tool erreicht werden soll, bleibt für uns fragwürdig. Welche Kosten das Tool in Zukunft generieren wird, wissen wir nicht. Im Budget ist bereits von einer Evaluierung eines Prozessmanagement-Tools die Rede. Was das kosten wird, wird man vermutlich erst im nächsten Budget erfahren und das Hoffungsprinzip bezüglich Kosten ist für uns kein Lösungsansatz. Wir sind der Meinung, dass das Budget vom nächsten Jahr, insbesondere die Kosten im Bereich Dienstleistungen und Honorare, deutlich gesenkt werden sollte. Der Gemeinderat hofft betreffend der Kosten und wir hoffen, dass das Projekt "QM" eines fernem Tages auch für die Schulkinder in irgendeiner Form Profit abwerfen wird.

**230124 Oberstufenschulhaus, S. 30**

Ulrich Nussbaum (FDP)

Die FDP-Fraktion hat festgestellt, dass das Budget 2015 für das Oberstufenschulhaus höher ausfällt als das Budget 2014, obwohl es nur ein halbes Jahr benutzt werden muss. Kann uns jemand sagen, wieso das so ist?

Das Oberstufenschulhaus wird nicht nur ein halbes Jahr gebraucht, sondern die Zügelaktion ist Mitte August vorgesehen. Es ist auch so, dass wir in der Anschlusslösung, dem Provisorium, nicht einfach null Unterhalt haben und davon ausgehen können, dass es dort nichts kostet. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es auch Positionen gibt, die höher ausfallen, ich denke bspw. an die Heizung. Im Provisorium haben wir eine Elektroheizung und wir haben keine Erfahrung, was das schlussendlich kostet. Es sind gleich viel Schüler und gleich viel Lehrer und deshalb geht man davon aus, dass der Aufwand auch nicht viel kleiner sein wird. Im Übrigen darf ich darauf hinweisen, dass der Unterhalt in den letzten Jahren total heruntergefahren wurde und auf dem absoluten Minimum gelaufen ist.

Robert Odermatt (SVP)

**230131 Sportgebäude Seefeld, S. 35**

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Unter der Position 314, baulicher Unterhalt, ist zu lesen: "...sollen die Fenster bei der Dusche in Kippfenster umgebaut werden." In einer Dusche sollte ja eigentlich eine Lüftung sein und ich frage mich, was da geplant wurde, wenn man jetzt Kippfenster machen muss. Die Frage ist auch, wie viele Kippfenster gemacht werden sollen und wer die immer auf- und zumacht. Das sind 13'000 Franken für etwas, was schon hätte beim Bau des Sportgebäudes gemacht werden sollen.

Beim Eintreten der BVK wurde schon gefragt, ob das ein Planungsfehler sei und ich bin der Meinung, es ist einer. Ich weiss auch, dass das im Jahr 2004 im Einwohnerrat reklamiert und angeregt wurde, das zu überdenken. Das ist offenbar nicht gemacht worden. Die Situation ist so, dass in der Dusche kein Fenster aufgemacht werden kann, sondern es sind rahmenverglaste Fenster. Bei Hochbetrieb ist die Lüftung nicht ausreichend und es ist sinnvoll, dass eine natürlich Belüftung durch Kippfenster erfolgen kann. Für die Bedienung der Fenster gibt es einen Hauswart und wenn geduscht wird, kommt es vielleicht auch dem einen oder anderen in den Sinn, dass man das Fenster öffnen kann, wenn zu viel Dampf ist.

Robert Odermatt (SVP)

**2402 Finanzdienstleistungen (inkl. Versicherungen), S. 40**

Konrad Durrer (L20)

Wie schon beim B+A Jahresplanung angekündigt, stehen wir dem vorgesehenen Benchmark für 65'000 Franken sehr skeptisch gegenüber. Wir konnten in der GPK einen Foliensatz der Firma sehen mit etwa 150 Folien in einer knappen Stunde. Ich wurde nicht ganz davon überzeugt, dass die Firma in der Lage ist, unsere Gemeinde mit anderen zu vergleichen. Das Grundlegende ist, dass wir die erste etwas grössere Gemeinde sind, die die Firma untersucht, sonst sind nur kleine Gemeinden dabei. Das Zweite ist, dass die Vergleiche rein finanzbasiert sind und als wir gefragt haben, ob auch Qualitätsaspekte berücksichtigt werden, hat es geheissen, dass man bei den Schülern auch noch ein paar Umfragen mache. Gerade da haben wir das Gefühl, dass uns mit dem Qualitätsmanagement ganz andere Mittel zur Verfügung stehen, um die Qualität zu prüfen und das haben wir auch in anderen Bereichen. Ich glaube, dass die Gemeinde Horw schon weit ist. Die anderen Beispiele, die genannt wurden, dass man z.B. bessere Verträge mit Papier- und Druckerherstellern macht, da habe ich das Gefühl, dass da Horw auch schon gut unterwegs ist. Eine Gemeinde hat herausgefunden, dass in einer Schule noch Ökopapier, das ja so viel teurer ist, verwendet worden ist. Es muss auch unglaublich viel einbringen, dass wenn man uns mit Doppleschwand vergleicht und merkt, dass die viel günstiger auf der Gemeindeverwaltung sind, weil sie den Schalter vielleicht nur an zwei Vormittagen offen haben. Wollen wir das in Horw? Die Vergleichbarkeit ist sehr schwer zu gewährleisten und man muss alles wieder auf ganz verschiedene Aspekte untersuchen. Wir sind allenfalls anders organisiert als die Vergleichsgemeinden und es ist sehr aufwendig, das wieder aufzuschlüsseln. Wir haben vielleicht auch andere Bedürfnisse. Unser Publikum ist in gewisser Hinsicht vielleicht ein wenig anspruchsvoller und vielleicht muss man dem auch nachgeben und das ist korrekt. In dem Sinn möchte ich beantragen, den Budgetkredit zu streichen. Wenn ich die Koalition nicht spüre, könnte man noch sagen, wie wir das auch in der GPK diskutiert haben, dass es okay wäre, wenn die Firma es für den halben Preis macht.

Der Antrag kommt im weitesten Sinne aus meinem Departement und ich möchte Sie bitten, den Posten nicht zu streichen. Wir konnten auch den Gemeinderat überzeugen, dass das ein gutes Instrument wäre. Das Instrument nimmt für sich überhaupt nicht in Anspruch, irgendwelche Qualitäten über die Schüler zu untersuchen, sondern es geht weitgehend um Finanzkennzahlen, aber es geht auch um andere Kennzahlen, die wir vergleichen möchten. Die Gemeinde Horw wird als erste grössere Gemeinde dabei sein, wobei auch grössere Landgemeinden, wie z.B. Sursee mitmachen. Letztlich muss ich sagen, dass wir eine so spezielle Gemeinde nun auch wieder nicht sind, dass man gar keine Vergleiche ziehen könnte. Ich möchte Sie einfach bitten, uns das Instrument in die Hand zu geben. Bei der Motion 261 hat man etwas Ähnliches versucht und es war sehr schwierig, bei anderen Gemeinden zu Zahlen zu kommen, weil sie Angst gehabt haben, man könnte es gegen sie verwenden oder es würden dann bei ihnen politische Schlüsse gezogen. Hier haben wir die Möglichkeit, anonymisiert auf Zahlen zuzugreifen. Die Interpretation ist letztlich unsere Sache und das ist auch richtig. Uns werden die rohen Zahlen geliefert, aber ob wir den Standard wollen oder nicht, ist letztlich unser politischer Entscheid bzw. am Schluss auch Ihr politischer Entscheid. Geben Sie uns doch die Möglichkeit, einmal zu vergleichen. Wenn Sie den Betrag bspw. auf vier Jahre aufteilen und davon ausgehen, dass so etwas, wenn es sich bewähren würde, alle vier Jahre gemacht wird, dann ist das pro Jahr ein verhältnismässig geringer Betrag, vor allem wenn Sie in Betracht ziehen, dass sie solche Zahlen selber erheben und vergleichen müssten.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich denke, es ist unrealistisch, das Angebot zum halben Preis zu bekommen. Wenn wir eine ganze Sache möchten, zahlen wir den ganzen Preis und wenn eine halbe Sache möchten, dann lassen wir es lieber sein. Es ist keine Sparübung, wie das auch schon gesagt wurde. Wir dürfen uns nicht fürchten, solche Zahlen anzuschauen und wir dürfen uns nicht fürchten, auch besser werden zu wollen. Wir sind sicher nicht überall die Bes-

ten und wenn wir besser werden wollen, können wir das nur, wenn wir auch vergleichen. Das heisst nicht zwingend, dass wir sparen müssen, sondern man kann auch optimieren, ohne dass es jemandem weh tut. Sie haben das Beispiel "Kopierer" genannt. Das tut keinem von unseren Bürgern weh und trotzdem können wir mit der Ausschreibung massiv sparen.

Sie haben mir die Bestätigung gegeben, dass Sie nur die Finanzkennzahlen und nicht die Qualität wollen und genau das ist der Punkt. Wir wollen die Besten werden, aber nur bei den Finanzkennzahlen und nicht bei der Qualität, aber genau um das geht es mir. Entweder wir wollen auch eine gute Qualität, dann müssen wir jemanden haben, der beides beurteilt und seriös beurteilt und nicht nur auf eine Seite schaut. Wie die Zahlen, die übrigens auch zum grössten Teil auf Zahlen beruhen, die wir schon zur Verfügung haben, nämlich vom Amt für Statistik, verteilt werden, wissen wir auch nicht. Die Firma hat das dann analysiert und wir müssen das entgegennehmen, aber was in anderen Gemeinden allenfalls anders ist, wissen wir auch wieder nicht. Darum beantrage ich weiterhin, den Betrag zu streichen.

Konrad Durrer (L20)

Ich möchte zu den Ausführungen noch beisteuern, dass ich im Rahmen der Arbeit für die GPK Stunden damit verbracht habe, die Zahlen von LUSTAT, die gratis zur Verfügung gestellt werden, zu vergleichen. Eigentlich hätte man prima vista ein super Tool. Von allen Gemeinden erhält man, aufgeschlüsselt nach verschiedenen Kostenarten, weitgehend was man will. Ich habe probiert, Schlussfolgerungen zu ziehen und habe diese mit dem Finanzsekretär besprochen. Es hat sich erwiesen, dass die Zahlen der Gemeinden nur auf der Oberfläche vergleichbar sind. Unter der Oberfläche sind sie es nicht. Darum haben wir keine andere Wahl, wenn wir uns benchmarken wollen, als Richtung private Initiative zu gehen, denn was uns die öffentliche Hand zur Verfügung stellt, ist für ein vernünftiges Benchmark unbrauchbar. Wenn man benchmarken will, muss man es aus meiner Sicht so machen, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, sonst kann man es sein lassen. Und wenn man es sein lässt, wie es uns Herr Durrer beliebt machen will, dann kommt mir das vor, wie der Vogel Strauss, der seinen Kopf in den Sand steckt und den Unterschied gar nicht wissen will, weil er Angst vor den Konsequenzen hat. Herr Durrer, haben Sie doch mehr Vertrauen in die Politik. Qualität zu beurteilen und wieviel Qualität wir in Horw haben wollen, bestimmen wir als Politiker. Aber damit wir wissen, wo die Qualität zu welchem Preis erstellt wird, müssen wir einmal irgendwo anfangen. Wenn Sie nie anfangen, kommen Sie auch nie weiter.

Markus Bider (CVP)

Zuhanden von Herrn Durrer möchte ich noch etwas präzisieren. Ich habe gesagt, dass es weitgehend Finanzkennzahlen sind, es ist aber nicht so, dass es das einzige Instrument ist, wo wir Vergleiche anstellen oder wo wir wissen wollen, ob wir gut sind oder nicht gut sind. Die Fragen zur Qualität sind wir zum Teil schon angegangen. Wir machen z.B. regelmässig Kunden- und Mitarbeiterbefragungen, wir haben eine regelmässige Schulevaluation, es wird also auf der Qualitätsseite etwas gemacht, nur ist der Benchmark nicht das Instrument dafür und den Anspruch hat er auch gar nicht. Wir haben Instrumente, mit denen wir die Qualität evaluieren und uns mit anderen messen. Aber das ist nicht der Sinn von diesem Instrument.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Ich glaube, es geht Herrn Durrer nicht darum, Angst vor den Konsequenzen zu haben, sondern es geht ihm mehr darum, dass wir gehört haben, dass die Zahlen auch abstrakt und nicht auf die Gemeinde bezogen und in dem Sinn auch nicht transparent sind. Ich möchte konkret den Nutzen der Zahlen, um entscheiden zu können, ob es sich lohnt, so ein Tool einzuführen oder nicht.

Jürg Biese (FDP)

Ich muss mich gegen die Unterstellungen von Herrn Bider wehren. Es geht um das Verhältnis der Finanzen im Verhältnis zur Qualität. Man kann nicht nur das eine oder das andere messen, sondern man soll das in ein gescheites Verhältnis stellen. Hier ist eindeutig nur ein Aspekt im Vordergrund und ich habe den Eindruck, dass man bei der Qualität auch noch zulegen könnte und nicht 65'000 Franken benötigt, um nur einen Aspekt zu beleuchten.

Konrad Durrer (L20)

Ich bitte Sie, den Antrag von Herrn Durrer abzulehnen. Als ich das im Budget gelesen habe, war ich erstaunt und erfreut, es gibt nämlich noch einen anderen Aspekt beim Benchmarking, und zwar den Aspekt vom gegenseitigen Lernen. Benchmarking ist State of the Art in der Privatwirtschaft und die privaten Firmen sind auch nicht 1:1 miteinander vergleichbar. Darum nehmen sie genau das Mittel vom Benchmarking, um zu schauen, wo sie gegenüber der Konkurrenz stehen und man kann nachher daraus lernen. Ich war erstaunt, dass die Dynamik aus der Verwaltung kommt und sie das machen möchte und umso mehr unterstütze ich das. Was Sie beantragen, ist die Verwaltung daran zu hindern zu lernen und sich zu verbessern. Darum bitte ich Sie, dem Antrag von Herrn Durrer nicht zuzustimmen, sondern der Verwaltung die Chance zu geben, sich mit anderen Gemeinden zu vergleichen und daraus auch Lehren zu ziehen.

Thomas Zemp (CVP)

Für mich wäre es noch wichtig zu wissen, was der Leistungsumfang vom Benchmarking ist. Wird ein klarer Auftrag vergeben, was gemessen werden muss oder wird es der Firma überlassen, was für Zahlen zusammengetragen werden?

Ulrich Nussbaum (FDP)

Es gibt einen klar begrenzten Auftrag, der umfasst, was wir von der Firma Hüsler & Heiniger, die bei uns auch das Siedlungsentwässerungsreglement gemacht hat, erwarten.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Ist der Preis von 65'000 Franken aufgrund einer Offerte entstanden?

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Ja.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Haben andere Gemeinden das auch oder macht die Gemeinde Horw jetzt einen Benchmark und die anderen können von uns profitieren, indem sie einfach die gleichen Unterlagen ausfüllen müssen?

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Eher wäre es umgekehrt. Wir sind jetzt eine von weiteren Gemeinden, die jetzt mitmacht. Es gibt Gemeinden, die schon länger dabei sind und darum konnten wir auch abschätzen, was überhaupt gebenchmarkt wird und sagen, was wir benötigen und was nicht. Es gibt Gemeinden, die schon länger dabei sind und es gibt bereits Vergleichszahlen. Wir sind einfach eine der ersten, die über 10'000 Einwohner hat.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Ich bin neues Mitglied der GPK und habe die 150 Seiten der Präsentation nicht gesehen. Es hätte mich interessiert, diese auch anzuschauen, aber die Antwort war, dass das nicht möglich ist. Für mich ist das ein erstes Symptom der Nichttransparenz, die wir dann auch haben werden, wenn wir die Zahlen erhalten und die meiner Meinung nach sehr schwierig zu interpretieren sein werden.

Nathalie Portmann (L20)

Es ist verständlich, dass die Zahlen nicht herausgegeben werden. Das ist ihr Geschäftsmodell, sie haben die Zahlen erhoben, arbeiten damit und geben sie dann nicht einfach gratis heraus. Die GPK-Mitglieder haben gesehen, wie es funktioniert. Es gibt keine Geheimnistuerei, aber man kann nicht Zahlen, die man erhebt und dafür Geld verlangt, nicht einfach einer Drittgemeinde zur Verfügung stellen. Es für mich völlig naheliegend, dass sie die Zahlen nicht herausgeben, sonst könnten sie ihre Firma schliessen.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Die Zahlen in der Präsentation waren anonymisiert und es wäre durchaus vertretbar gewesen, diese abzugeben.

Konrad Durrer (L2O)

Ich möchte noch einmal Werbung für die einmalige Gelegenheit machen, einem Sparantrag der L2O zuzustimmen.

**Abstimmung:**

Antrag der L2O, die budgetierten 65'000 Franken für das Benchmarking mit anderen Gemeinden zu streichen.

Roland Bühmann (SVP)

**Der Antrag wird mit 10:12 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, abgelehnt.**

**4. Fragestunde**

anschliessend Weiterbehandlung Bericht und Antrag Nr. 1533

**Kennzahlen Schule Horw zum Budget 2015, S. 54**

Der Bereich der Budgetierung und der Kostenentwicklung bei der Schule ist für den Einwohnerrat sehr intransparent. Man rechnet mit Klassen als Einheit und aufgrund dessen werden wieder Lektionen abgeleitet usw. Ich möchte anregen, dass der Gemeinderat einmal eine Sitzung zwischen der Schulpflege und dem Einwohnerrat einberuft, damit die Schulpflege einmal aufzeigen kann, was die Kostentreiber in der Bildung sind, wo wir Gestaltungsspielraum haben und wo es allenfalls Hebel gibt, etwas zu machen. Es wäre gut, wenn man im Frühling so eine Sitzung organisieren könnte, dann hätten wir auch einmal einen ersten Austausch mit der Schulpflege, den es ja so, mit dem Modell, das wir haben, institutionalisiert nicht gibt.

Thomas Zemp (CVP)

**Kirchfeld, Haus für Betreuung und Pflege**

**90000 Nebenbetriebe, S. 76**

Zum Pilotprojekt für eine bessere Anbindung an das Kirchfeld stellt sich mir die Frage, nach was für Kriterien man nach Ende des Pilotprojektes beurteilen wird, ob sich die Einführung lohnt oder nicht.

Markus Bider (CVP)

Das Pilotprojekt soll anhand der Frequenzen des erweiterten Angebotes beurteilt werden.

Oskar Mathis (L2O)

Wurde eine Zielfrequenz festgelegt?

Markus Bider (CVP)

Nein, wir möchten eine gewisse prozentuale Auslastung erreichen, und zwar mind. 50 % der des Platzangebotes des Busses.

Oskar Mathis (L2O)

**550140 Ergänzungsleistungen und Familienzulagen, S. 78**

Es ist erwähnt, dass der Kanton einen Verwaltungskostenanteil erhebt. Ist das neu und gibt es dafür eine gesetzliche Grundlage oder ist das einfach eine Entlastungsmassnahme vom Kanton?

Thomas Zemp (CVP)

Es gibt eine rechtliche Grundlage, dass zwischen Gemeinden und Kanton abgemacht wurde, dass die Verwaltung der Ergänzungsleistungen übergeben werden kann. Wir werden also in dem Zusammenhang nicht mehr so stark belastet und darum wurde der Pro-Kopf-Beitrag eingeführt.

Oskar Mathis (L2O)

Der Verwaltungskostenanteil wurde im vorletzten Entlastungs- und Sparpaket vom Kanton neu eingeführt.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

### **Soziale Wohlfahrt**

#### **55017 Familie plus, S. 80**

Es geht bei der Position 318 um fremdsprachige Kinder und eine frühe Sprachförderung, was die FDP klar unterstützen kann. Es macht auch Sinn, die Kleinen möglichst früh in die hiesige Gesellschaft und das Umfeld einzufügen, anzupassen und vor allem auf die Schule vorzubereiten. Die Mehrkosten vom Budget 2014 zum Budget 2015 betragen 27'500 Franken. Das Projekt, das man jetzt aufgleisen möchte, die Evaluation der Früh-, insbesondere der Sprachförderung, kostet 25'000 Franken. Das Ganze will man mit der Hochschule für Soziale Arbeit Zentralschweiz machen.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Die FDP hat Mühe mit dem vielen Geld, das wieder für eine Studie eingesetzt werden soll und hat das Thema einmal im Google eingegeben und zwei topaktuelle Unterlagen gefunden. Die Uni Basel hat mit Datum Juni 2014 eine 72-seitige Abschlussarbeit zum Thema "Zweitsprache - Mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten" verfasst. Im Inhaltsverzeichnis sieht man, dass Themen wie z.B. "Frühe Bildung, Betreuung und Erziehung", "Setting und Methoden", "Sprachentwicklung", "Elternfragebogen" abgehandelt werden.

Weiter haben wir im Netz eine 61-seitige Arbeit gefunden, die die Fachstelle „Frühe Deutschförderung“ des Erziehungsdepartementes Basel-Stadt herausgegeben hat. Dieser Bericht ist bereits auf Spielgruppen ausgelegt und wurde im Oktober herausgegeben, also ebenfalls topaktuell. In dem Bericht ist auch die Prüfung eines Obligatoriums aufgezeichnet. Von denen, die die Evaluation mit der HSLU lancieren, habe ich gehört, dass sie das Soziale noch mehr gewichten möchten, was hier in einzelnen Punkten nicht so in die Tiefe geht. Dazu muss ich sagen, ein kleines Kind, das irgendwann einmal die Sprache gelernt hat, findet automatisch auch im Sozialen leichter den Zugang zu anderen Kindern.

Die Frühförderung der deutschen Sprache ist wichtig. Die Kinder können dann soziale Angebote besser mitmachen und nützen. Die Studie und die Projekte in der Schweiz sind etwas, was alle Kantone betrifft und nicht nur die Gemeinde Horw. Ähnliche Integrationsprobleme haben auch andere Gemeinden und die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es keinen Sinn macht, die budgetierten 25'000 Franken zu sprechen, ohne zu wissen, ob man nicht mit anderen Gemeinden zumindest das Gespräch gesucht hat oder einmal im Google geschaut wurde, was es bereits für Arbeiten gibt. Wir stellen den Antrag, die 25'000 Franken für die Evaluation zu streichen. Wir erwarten von der Schulpflege und vom Sozialdepartement, dass man sich zuerst einmal anderweitig informiert und Möglichkeiten sucht, bevor der HSLU ein Studienauftrag erteilt wird. Wenn man in einem Jahr immer noch das Gefühl hat, dass sei immer noch viel zu wenig und man ist noch nicht weiter gekommen, ist es immer noch nicht zu spät, in einem Jahr den Betrag wieder im Budget zu bringen. Dann können wir den Betrag immer noch sprechen, wenn es dann wirklich noch nötig ist. Es kann dann auch sein, dass vielleicht nur die Hälfte nötig ist, weil man die andere bereits abgedeckt hat oder mit anderen zusammen finden konnte.

Das ist ein gemeinsames Projekt zwischen der Schulpflege und dem Sozialdepartement. Wie Sie wissen, ist das Sozialdepartement für die Frühförderung zuständig, d.h. vor dem Schulalter. Die Schule stellt fest, dass Kinder teilweise mit mangelnden Sprachkenntnissen in die Schule kommen und dadurch viele Nachfolgekosten auslösen. Wir haben bereits eine Zusatzförderung für Sprache, aber man kann das natürlich immer noch optimieren. In diesem Fall möchten wir jetzt eine Überprüfung mit der HSLU machen, auf der Grundlage der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse. Eine davon ist die Studie aus Basel, wobei man festhalten muss, dass gerade Basel eine gesetzliche Grundlage hat, dass die Eltern verpflichtet werden können, die Sprachförderung zu machen. Das gibt es auf dem Platz Luzern nicht und von daher ist die Frage, wie stark das für Horw angewendet werden kann. Das Ziel ist, Nachfolgekosten zu verhindern und zugleich vertiefter abzuklären, was für Massnahmen nötig sind. Von den Zielsetzungen her möchten wir die Nützlichkeit abklären, mögliche Lücken aufgrund der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse aufzeigen. Auch die relevanten empirischen Daten, die eine Hochschule hat, um nachher die aktuellsten Grundlagen aus der Erhebung zugrunde legen zu können und den Eltern Vorschläge für konkrete Handlungsfelder zu machen. Ganz wichtig ist auch, dass man den Bereich Elternarbeit und Elternbefähigung mehr berücksichtigen möchte. Das ist bei unserem Konzept, das wir in Horw haben, mit gezielter Sprachförderung in den Spielgruppen, noch nicht aufgenommen. Das muss eine Zusammenarbeit zwischen Kindern und Eltern sein und beide müssen dazu beitragen, dass die Kinder so gefördert werden, dass sie in der Schule bereit sind und gleichberechtigt starten können. Darum bitte ich Sie, die 25'000 Franken zu sprechen. Es kommt vor allen unseren Kindern, und auf lange Sicht der Schule zugute.

Oskar Mathis (L20)

Ich lese, dass der Schwerpunkt insbesondere bei der Sprachförderung liegt. Ich befürworte und sehe die Wichtigkeit der frühen Sprachförderung, mir ist aber noch nicht ganz klar, was man mit der Studie untersuchen möchte. Will man schauen, wie gut der Sprachstand der Lernenden ist, will man wissen, welche Wirkung das Angebot erzielt oder hat man eine Kombination vom sozialen Umfeld der Kinder und der Sprachfähigkeit?

Richard Kreienbühl (CVP)

Das Ziel ist, eine Kombination mit dem sozialen Umfeld und der Sprachförderung zu machen, aber nachher auch Erkenntnisse zu erhalten, ob das jetzige Angebot die sprachliche Förderung genügend vorantreibt, um mit genügenden Sprachkenntnissen in den Schulalltag einzusteigen.

Oskar Mathis (L20)

Die FDP-Fraktion findet die Frühförderung der Deutschkenntnisse für Kinder absolut notwendig und wichtig, aber das hat mit der Studie für 25'000 Franken nichts zu tun. Wir sind der Meinung, dass es bereits viel gibt und alle Gemeinden das gleiche Problem haben. Wir haben das Gefühl, dass einfach einmal 25'000 Franken beantragt wurden und man jetzt eine Studie machen will, ohne dass man überhaupt einmal auf dem Markt geschaut hat, was es eigentlich gibt. Ich mache Ihnen beliebt, zu den 25'000 Franken Nein zu sagen. In einem Jahr können wir immer noch Ja sagen, wenn uns klar vorgelegt wird, dass es wirklich wichtig ist.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Es ist genau der Sinn der Studie, dass aufgezeigt wird, was für Handlungsbedarf vorhanden ist und darum bitte ich Sie, die 25'000 Franken im Budget zu belassen. Die Erkenntnisse haben wir schon lange und Horw nimmt eher eine Vorreiterrolle ein, denn wir haben schon sehr früh die Sprachförderung in den Spielgruppen aufgegleist. Sie haben sogar einmal die 20'000 Franken, die wir drei Jahre lang als Pilot hatten, ins feste Budget überführt, weil Sie der Meinung waren, dass das eine gute Sache ist. Jetzt geht es nach vier Jahren darum, eine Evaluation zu machen, um uns zu optimieren und noch mehr nach oben orientieren zu können. Vor allem aber für unsere Kinder und für unsere Schule.

Oskar Mathis (L20)

Es wurde jetzt verschiedentlich die Studie aus Basel zitiert. Es ist wichtig zu unterscheiden, was die Zielsetzung der Untersuchung ist. Die Sprachstandsuntersuchungen, sei es aus Basel usw., das ist spezifisch auf den dortigen Untersuchungskreis bezogen. Wenn es bei der Evaluation gezielt um Horw geht, was hier für Verbesserungen zu machen sind, ist das nicht ganz 1:1 mit Studien in Basel zu vergleichen. Ich möchte aber bemerken, dass die Situation der Sprachstandsförderung andere Gemeinden ja auch haben, es ist auch ein Thema auf kantonaler Seite, Koordinationsmöglichkeiten mit anderen Gemeinden zu prüfen. Eventuell plant auch der Kanton etwas in die Richtung. Oder ist es so, dass die Studie fokussiert auf Horw gemacht werden muss?

Richard Kreienbühl  
(CVP)

Das ist ganz klar auf den Stand von Horw fokussiert und es ist natürlich auch klar, dass wir im Dialog mit den anderen Gemeinden sind. Viele Gemeinden sind aber effektiv nicht so weit wie Horw jetzt ist. Ich möchte auch einmal festhalten, dass das eigentlich kein Ziel des Sozialdepartementes war, sondern der Schule, die Abnehmerin von den immer jüngeren Schüler/-innen, die in den Kindergarten kommen, damit sie dort nicht zusätzlich Deutschunterricht für Ausländer/-innen anbieten müssen und keine sprachlichen und sozialen Schwierigkeiten haben, die ausländischen Kinder in die Kindergartenklassen zu integrieren. Wir möchten Hand bieten, damit das verbessert werden kann.

Oskar Mathis (L2O)

Bevor wir Geld für eine Studie ausgeben, würde mich interessieren, wie gross das Problem in Horw überhaupt ist. Haben wir so viele fremdsprachige Kinder, die in den Kindergarten müssen und nicht Deutsch können?

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

Je nach Quartier sind die Durchmischungen unterschiedlich. In den 11 Spielgruppen haben wir zurzeit etwa 170 Kinder. Mehr als ein Drittel der Kinder in den sechs Indoor-Spielgruppen sind ausländische Kinder, die nachher auch die Sprachförderung genießen möchten. Es also keine ganz kleine Menge.

Oskar Mathis (L2O)

Müsste man dann nicht die Eltern in die Sprachschule schicken? Zu Hause reden sie nämlich wieder ihre Muttersprache und im Kindergarten sprechen sie Deutsch.

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

Das ist genau der Ansatz, nicht nur in der Spielgruppe die Sprache zu fördern, sondern zu probieren, das soziale Umfeld und die Eltern zu integrieren. Als Weiterentwicklung könnten die Eltern vielleicht sogar, wenn die Kinder in der Spielgruppe sind, auch die nötige Sprachförderung erhalten. Aber das ist Zukunftsmusik und wir wollen zuerst sauber abklären, ob das sinnvoll ist.

Oskar Mathis (L2O)

Ist es auch möglich, dass zusammen mit der Gemeinde Kriens aufzugleisen?

Reto Eberhard (SVP)

Wir tauschen uns aus, aber ich habe ja bereits erwähnt, dass wir weiter als Kriens sind. Selbstverständlich sind wir für die Zusammenarbeit, aber ich denke nicht, dass die Studie dadurch viel günstiger wird.

Oskar Mathis (L2O)

**Abstimmung:**

Antrag der FDP, die budgetierten 25'000 Franken für die Evaluation der Frühförderung zu streichen.

Roland Bühlmann  
(SVP)

**Der Antrag wird mit 8:16 Stimmen, bei 4 Enthaltungen abgelehnt.**

## **Raum und Umwelt**

### **5701 Umweltschutz, S. 91**

Ich möchte auf Punkt 318 zu sprechen kommen. In der Rechnung 2013 waren 32'700 Franken, im Budget 2014 ist der Posten mehr als verdoppelt worden auf 72'500 Franken und jetzt haben wir noch einmal eine Steigerung auf 74'500 Franken. In der Position sind scheinbar Aufwendungen für den Schiessstand, wie Messungen vom Bleigehalt, das sind 10'000 Franken und 18'000 Franken für die Energiestadt-Zertifizierung. Diese Aufwendungen fallen aber nur alle vier Jahre an und insofern kann man nicht in jedem Jahr gleich viel belasten. Unserer Meinung nach müsste der Aufwand wieder zurückgehen.

Ich werde versuchen, Ihnen das aufzuschlüsseln. Das Konto 318 setzt sich aus dem Umweltschutz- und Energieteil zusammen. Der Umweltschutz macht 39'000 Franken aus und das war im letzten Jahr genau gleich hoch. Beim Energieteil haben wir 2013 einen Übertrag gemacht. Aus dem Förderprogramm hat es sich ja immer ergeben, dass die Gesuche eingegangen sind und diese übertragen werden mussten, weil sie noch nicht abgehandelt werden konnten. 2013 haben wir 9'000 Franken übertragen. Zudem haben wir immer für das Förderprogramm 15'000 Franken budgetiert. Dann haben Sie in der Budgetdebatte die Förderung der Photovoltaik gestrichen und dadurch wurden nur noch die laufenden Gesuche abgerechnet. Durch die Streichung musste das Förderprogramm wieder neu ausgerichtet werden und man konnte 2014 gar nicht so viel ausgeben, wie man bei der Budgetierung gedacht hatte. Dadurch gab es bei der Energie praktisch keine Kosten.

Durch die Streichung brauchen wir nicht mehr 15'000 Franken vom Förderprogramm, dafür haben wir im Moment 10'000 Franken geplant, denn wir machen ja noch die Sensibilisierung, Quartierworkshops usw. Das energiepolitische Programm enthält auch noch Sachen in der Grössenordnung von 5'000 Franken. Für die Energieplanung wird ein Betrag von 20'000 Franken zur Verfügung gestellt. Also haben wir 35'000 in der Energie und rund 39'000 Franken beim Umweltschutz und so sind wir eigentlich immer gleich hoch. Darum haben wir auch im Budget 2014 und im Budget 2015 die gleichen Zahlen.

Ich möchte warnen, da jetzt zu streichen, denn sonst können wir gar nichts umsetzen. Die Energieplanung war ganz klar unsere Zielsetzung und auch der Einwohnerrat hat das so zur Kenntnis genommen. Gerade bei der Energie haben wir Aufgaben, die wir erfüllen müssen. Aus dem Grund ist der Betrag gleich hoch. Im Jahr 2013 haben einfach die Rückstellungen und die Streichung des Förderprogramms reingespielt.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die neu geplante Stelle im Umweltschutz nicht nötig wäre, wenn dort einfacher und effizienter gearbeitet würde. Auch sind wir der Meinung, dass die vorhandenen Ressourcen vollends ausgereicht hätten. Die SVP-Fraktion erwartet im Januar den B+A über den Stellenplan.

### **5710 Wasserversorgung, S. 97**

Zur Position 312 ist der Wasserverbrauch der Einwohner im Gebiet Biregg erwähnt und dass für rund 75'000 Franken Wasser bei der Stadt gekauft wird. Wir haben ja Verbindung zum städtischen Netzwerk und meine Frage ist, warum wir das Wasser nicht selber liefern, wir können das der Stadt ja wieder rüerpumpen.

Jörg Gilg (FDP)

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Hermann Herren  
(SVP)

Thomas Zemp (CVP)

Wir hatten früher die Leitung durch den Wald, die aber nicht mehr ersetzt wurde. Dadurch benötigen wir einen Wasserlieferungsvertrag mit der Stadt. Wir können nicht einfach sagen, dass wir ihnen ein wenig rüberpumpen und sie pumpen dafür das Wasser ins Biregg rauf. Wir haben die Verbindung auch nur als Notwasserversorgung und nicht als Wasserlieferungsleitung. Bei Wasserlieferungen in eine andere Gemeinde wird ein Preis ausgehandelt und deshalb müssen wir das Wasser in Luzern kaufen. Wir hatten damals ausgerechnet, dass wir, statt die Leitungen wieder durch den Wald zu bauen, relativ lange Wasser für die Bireggler kaufen können.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

## Finanzen und Steuern

### 5904 Ertrag ordentliche Steuern, S. 106

Wir haben beim Eintreten verschiedenste Voten zur Steuersenkung gehört. Viele haben auf den Budgets basiert bzw. was in der Zukunft kommen oder nicht kommen könnte. Ich habe mir ein paar Gedanken zu dem gemacht, was in den letzten Jahren passiert ist. Man kann über Budgets reden, muss sich aber bewusst sein, dass diese letztlich nichts Genaues sind. Das einzig Genaue und Wahre sind die Rechnungen der Vergangenheit. Ich habe einmal angeschaut, wie sich unsere Budgets und Rechnungen in den letzten acht Jahren verhalten haben. Ich habe jeweils sechs Jahre verglichen, weil wir auch in den Finanzplänen sechs Jahre miteinander vergleichen. Ich habe noch geschaut, wie sich unsere Finanz- und Aufgabenplanung und der Steuerertrag resp. das Steuersubstrat entwickelt haben.

Thomas Zemp (CVP)

Der Mehrjahresvergleich vom Budget und der Rechnung zeigt, dass wir kumuliert über die sechs Jahre budgetmässig 9 Mio. Franken Verlust eingefahren hätten. Das haben wir aber nicht gemacht, unsere Rechnungen haben 1 Mio. Franken Verlust gehabt. Es kommt jetzt darauf an, wie die Rechnung 2014 ausfällt. Wenn sie besser ausfällt, wird sich die Million noch verringern. Man kann daraus ableiten, dass im Durchschnitt unsere Rechnungen 1.3 Mio. Franken besser abschliessen und man kann daraus ableiten, dass die Rechnungen über die letzten 6-8 Jahre ausgeglichen sind. Das ist auch das, was das Gemeindegesezt verlangt. Ich habe die Sondereffekte immer herausgenommen, also alle Buchgewinne und auch die 11 Mio. Franken des ausserordentlichen Steuerertrages vom letzten Jahr, sonst sähe das Bild ganz anders aus. Wenn man schaut, was in den letzten Jahren alles passiert ist, was wir an Steuerreduktionen hatten, vorgegeben durch den Kanton und auch vorgegeben für uns selber, 2008 haben wir z.B. den Steuerfuss um 1/10 reduziert, das sind heute rund 2.5 Mio. Franken, die wir aufgrund dessen weniger an Steuereinnahmen haben. Aber man sehe und staune, wir haben das kompensiert. Ich würde nicht davon reden, dass wir heute ein strukturelles Defizit haben. Wenn man von einem strukturellen Fehler zwischen Budget und Rechnung sprechen kann, da möchte ich aber niemandem einen Fehler vorwerfen, dann hat das einzig damit zu tun, dass man vorsichtig budgetiert und das finde ich auch sinnvoll. Es hat auch damit zu tun, dass die Budgetgrundlagen immer veraltet sind. Das einzig Wahre was man hat, wenn man das Budget macht, ist die Rechnung vom Vorjahr. Wenn man schaut, was unsere Finanzpläne zeigen, dann hätten wir eine Periode, die wir jetzt betrachten könnten, 2008 bis 2012, da hätten wir kumuliert eigentlich 4.5 Mio. Franken Aufwandüberschuss erzielt. Wir hatten aber effektiv nur 1 Mio. Franken Aufwandüberschuss. Ich halte das für einen Finanzplan, verglichen mit den Tatsachen, für ein sehr gutes Resultat. Die nächsten Finanzpläne 2009-2014 und 2010-2015 zeigen massive Aufwandüberschüsse, die werden aber nie in der Menge eintreffen. Die 7 Mio. Franken, die der Finanzplan 2009-2014 zeigt, da werden wir, je nach Ergebnis der Rechnung 2014, wesentlich besser abschneiden. Ich gehe davon aus, dass die Rechnung 2014 besser abschneiden wird, das lese ich zumindest aus dem Budget 2015 heraus, in dem der Steuerertrag um 8 % erhöht wurde. Was eine interessante Betrachtung ist, denn man muss sich einmal überlegen, dass sich das aus dem Steuersubstrat in den letzten acht Jahren entwickelt hat. Beim ordentliche Steuerertrag gibt es gewisse Dellen, aber man muss sich bewusst sein, dass 2008 der Steuerfuss um 1/10 Einheit

gesenkt wurde (2 Mio.), wir hatten die kantonale Steuergesetzrevision (2.5 Mio.), wir hatten 2009 eine kantonale Steuergesetzrevision resp. Auswirkungen davon, wir hatten 2010 Auswirkungen davon usw. Wenn man das alles zusammenzählt sind das um die 11 Mio. Franken Steuerertrag, die uns jährlich fehlen. Das zeigt uns, dass wir tatsächlich Jahr für Jahr ein Steuerwachstum von ungefähr 3.5 % haben. Das durchschnittliche Steuerwachstum ist tatsächlich so, wie es im Finanz- und Aufgabenplan aufgezeigt ist, da wird mit 3 % gerechnet, effektiv war es in den letzten acht Jahren höher. Natürlich fällt das nicht ganz regelmässig an, es fällt dann bei den hohen Nachträgen an, die man in den Rechnungen sieht. Daraus leite ich die Tatsache ab, dass sich das Steuersubstrat seit 2007 um 3.5 % erhöht hat, im Schnitt ist das ein Wachstum von 1.4 Mio. Franken, die unsere Steuereinnahmen jährlich steigen. Ich bin überzeugt, dass die Rechnung 2014 das beweisen wird. Der Beweis in der Praxis ist ja, wenn man betrachtet, was wir seit 2007 alles an Ertragsminderungen hatten und was wir alles an Mehrausgaben hatten mit der Pflegefinanzierung, KESB, dem Sozialbereich, der Bildung - wir konnten es kompensieren. Wir hatten, wie gesagt, einen Aufwandüberschuss von ca. 1 Mio. Franken.

Das sind natürlich alles Zahlen aus der Vergangenheit und für mich ist die Frage, ob es so weiter geht oder nicht. Ich habe heute aber keine Anzeichen, dass es nicht so weitergehen sollte. Es war in den letzten sieben Jahren so, und warum sollte es nicht so weitergehen. Natürlich kann man sagen, dass wir nicht wissen, was auf uns zukommt, aber genauso kann ich fragen, wo der Lottogewinn ist, der nächstes Jahr mit 10 Mio. Franken eingefahren wird. Es könnte ja auch einmal so etwas passieren. Die Vergangenheit zeigt mir auf jeden Fall, dass es sich sehr gut entwickelt hat und ich glaube, dass es sich auch weiterhin gut entwickeln wird. Das ganze Potenzial vom Entwicklungsgebiet "horw mitte" ist im Finanzplan abgebildet, verschiebt sich Jahr für Jahr nach hinten, hat also bis jetzt noch keine Auswirkungen gezeigt und trotzdem haben wir solche gute Ergebnisse.

Ich denke, man kann guten Gewissens einer Steuersenkung um 1/20 Einheit zustimmen. Diese wird sich relativ schnell in den nächsten drei, vier Jahren kompensieren und wir werden unser Eigenkapital dafür einsetzen müssen und nachdem, was in den letzten Jahren passiert ist, wenn es einigermassen so weitergeht, werden wir auch den Steuerausgleichsfonds nicht vollständig dafür brauchen.

Zur Erinnerung: Das Gemeindegesetz sagt, wir müssen unseren Finanzhaushalt nach den Vorgaben der Dringlichkeit, Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit führen und die Rechnungen müssen über die letzten paar Jahre ausgeglichen sein. Das sind sie im Moment und das werden sie auch in Zukunft sein.

Wie Sie bereits beim Eintreten gehört haben, sind wir nicht der Meinung, dass der Zeitpunkt für eine dauerhafte Steuersenkung jetzt gegeben ist. Wir denken nach wie vor, dass die Einnahmenseite viel zu optimistisch prognostiziert ist. Herr Zemp hat mir sozusagen die Argumente gegeben, es war in den vergangenen Jahren 3.5 % pro Jahr, wir nehmen jetzt aber in dem Budget 8 % an und haben im Übrigen trotzdem noch ein Defizit von 1.3 Mio. Franken.

Es bestehen noch langfristige Unklarheiten, ich erinnere an Grisigen und an die demografische Entwicklung, die nach meinen Informationen im Finanzplan nicht aufgerechnet ist. Auch dass das Bevölkerungswachstum vielleicht einen Einfluss auf die Verwaltung hat, ist nicht eingerechnet. Eventuell wird die eine oder andere Stelle mehr benötigt. Vielleicht kommt der Kanton auf weitere gescheite Ideen, um uns im nächsten Entlastungspaket wieder etwas zu überwälzen und aktuell kann man in der Zeitung lesen, dass im Bereich Lärmschutz auch noch ein paar Kosten auf uns zukommen, von denen ich im Finanz- und Aufgabenplan auch noch nichts vorgefunden habe.

Konrad Durrer (L20)

Es ist aber nicht nur das, was kommen könnte, sondern es sind auch Sachen, bei denen wir einen Bedarf sehen und wo Horw etwas machen sollte, um vorwärts zu kommen oder auch um die Beschlüsse und Konzepte, die wir abgeseget haben, umzusetzen. Ich schon ein paar erwähnt, wie die Umsetzung des Altersleitbildes und die Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum, also nicht nur dessen Schaffung. Man könnte ja einmal tätig werden und zum Erhalt etwas kaufen, in der Riedmatt gibt es z.B. einige solcher Objekte. Auch die erwähnten Unzufriedenheiten im Schulbereich, wo Leute verärgert werden, was nicht sein müsste, wenn man mit der Verteilung der Klassen ein wenig grosszügiger wäre.

Nach unserer Meinung hängt die Attraktivität der Gemeinde für die meisten Einwohnerinnen und Einwohner nicht nur vom Steuersatz ab. 80 % der Horwer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und Unselbständigerwerbenden sparen durch die Steuersenkung weniger als 140 Franken. Wir glauben auch nicht, dass dadurch so viele reiche Zuzüger kommen und Horw so viel an Attraktivität gewinnt, wenn wir die Steuern senken. Und wenn dem so ist, wollen wir, dass dadurch der Mittelstand durch steigende Immobilienpreise und kleinliche Schulkreispolitik vertrieben wird? Darum schlagen wir vor, dass jetzt nicht der Moment für eine Steuersenkung ist. Es können nicht die Richtigen profitieren und wir hätten durchaus Aufgaben, die wir erfüllen könnten, um unsere Attraktivität zu erhalten.

Ich möchte gerne die Einschätzung des Gemeinderates wiedergeben, der eher die Meinung von Herrn Zemp teilt. Wir sind der Meinung, dass es unserer Gemeinde finanziell gut geht und dass wir uns die Steuersenkung leisten können. Wir sind keine Hasardeure, wie das von Herrn Manser gesagt wurde, und nicht übertrieben optimistisch. Wenn man es realistisch einschätzt und die Risiken und Chancen gegeneinander abwägt, ist die Steuersenkung vertretbar.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Zu den Erträgen des laufenden Jahres möchte ich mich nicht auf Spekulationen einlassen und schon gar nicht auf konkrete Zahlen, aber ich kann so viel sagen, dass es wiederum sehr gut aussieht und es gibt keinen Anlass zu vermuten, dass wir irgendwo Einbrüche bei den Erträgen haben werden.

Noch ein Wort zu Herrn Durrer betreffend den Liegenschaften. Es ist nicht so, dass der Gemeinderat das Geld nicht hätte, um Liegenschaften zu kaufen. Wenn sich Gelegenheiten ergeben, dann kaufen wir, das hat sich auch in der Vergangenheit gezeigt, aber das Problem ist das Angebot.

Herr Durrer, Sie haben die Argumentation umgekehrt und gesagt, wer wieviel spart. Jetzt könnte man die Frage umkehren und fragen, wer zahlt wieviel. Dann sehen wir, wenn man bei einer Steuersenkung etwas zurückerstattet oder weniger nimmt, dass dann auch die, die in der Vergangenheit verhältnismässig immer mehr gezahlt haben, was ja auch politisch gewollt und richtig ist, die dann auch bei einer Reduktion oder Rückerstattung entsprechend mehr profitieren. Das ist von mir aus gesehen auch richtig, denn sonst kommen wir zu neuen Umverteilungen.

Unsere Steuersenkung hat auch nicht den Hintergrund, mit aller Gewalt neue Steuerzahlende anzuziehen. Das ist nicht die Meinung des Gemeinderates. Aber ich muss Ihnen sagen, seit ich politisch tätig bin, haben wir den Steuerfuss x-mal gesenkt und jedes Mal hiess es, das würde nichts bringen und es sei sowieso nur wenig. Wenn Sie das aber summieren, hat auch der Mittelständler in den vergangenen Jahren gespart. Ich habe für mich eine Überschlagsrechnung gemacht, nicht so detailliert, aber bei der Annahme von 60'000 Franken steuerbarem Einkommen, und wenn Sie die ganze Differenz seit 1996 zusammenzählen, dann hat ein Mittelständler ungefähr 1'000 bis 1'500 Franken pro Jahr gespart. Es geht also nicht nur zugunsten der Reichen, sondern auch

zugunsten vom Mittelstand. Ich könnte Ihre Argumentation verstehen, wenn wir sagen würden, dass wir dauernd Sparbudgets hatten, immer nur gespart und gekürzt hätten, das ist aber nicht der Fall. Wenn wir ehrlich sind, sind es keine Sparbudgets, die wir vorlegen und sonst müsste man einmal über die Gemeindegrenzen hinausschauen, was ein Sparbudget ist. Wir haben auch nicht im Sinn, ein Sparbudget zu machen, nur weil wir jetzt die Steuern senken. Wenn Sie den Finanz- und Aufgabenplan anschauen, haben wir auch nicht im Sinn, irgendwelche Leistungen im grossen Stil abzubauen. Wir sind einfach der Meinung, dass wir die Steuersenkung, trotz dem Standard, den wir in Horw haben, verantworten können. Daher bitte ich Sie, der vorgeschlagenen Steuersenkung zuzustimmen.

Herr Durrer hat zweimal etwas zu den Klassengrössen gesagt. Auf Seite 54 sehen Sie, wie sich unsere Klassengrössen entwickeln und dass wir dort nichts sparen. Wir waren bei 19 Lernenden pro Klasse, dann bei 18.5 und jetzt sind wir bei 18. Der Kanton Zürich diskutiert im Moment, ob er seine Vorgaben per Initiative von 25 auf 20 reduzieren soll. Man kann also nicht sagen, dass wir an der Bildung und den Klassengrössen sparen und das ist auch richtig so. Wir investieren, trotz rückläufiger Schülerzahlen, Jahr für Jahr mehr in die Bildung.

Die FDP-Fraktion steht ein wenig zwischen beiden Meinungen. Wir haben gesagt, dass wir gerne den Steuerrabatt bevorzugen würden, weil man dann schneller und flexibler auf den alten Steuerfuss zurückkommen könnte. Ich verstehe die Punkte von Herrn Durrer, es gibt sicher einige konstruktive Vorschläge, das Geld auch anders auszugeben statt den Einwohnern eine Steuersenkung zu gewähren. Wir sind der Meinung, dass Vorsicht geboten ist, wir haben einige grosse anstehende Projekte, die gewisse Risiken haben. Es sind keine Risikoprojekte in dem Sinn, es gibt aber Unsicherheiten bei "horw mitte", den Grossprojekten Oberstufenschulhaus, Gemeindehaus usw. Wir haben gewisse Unsicherheiten, was den Zustand unserer Liegenschaften angeht, wir haben die AGZ, die ein gewisses Risiko ist und daher haben wir im Eintreten gesagt, dass wir eher einen Rabatt begrüßen würden. Im Moment sind wir aber auch der Meinung, dass man eine Steuerreduktion machen kann, wir sagen aber auch, dass man bereit sein muss, den Steuerfuss wieder anzuheben, wenn es nötig ist.

Wenn die Diskussion um den Steuerfuss bereits auf S. 106 in vollen Gang kommt, möchte ich auch im Namen der SVP-Fraktion betreffend Steuerfuss ein paar Ausführungen machen, und das namentlich im Licht der Forderung der AGZ Horw AG.

Bekanntlich beantragt der Gemeinderat, dass der Steuerfuss neu auf 1.55 Einheiten festgesetzt wird. Das bedeutet für alle eine Senkung um 1/20 Einheit, aus unserer Sicht moderat und ein vertretbares Ausmass, das auch lange Zeit unbestritten war. Mitten in die Budget- und Steuerfussdiskussion platzt die Forderung einer der grössten Landeigentümerinnen in unserer Gemeinde und es ist erst noch eine Forderung in Millionenhöhe. Es ist mir ein Anliegen Wert darauf zu legen, dass es sich bei der Budgetsache einerseits und der Entschädigungsforderung andererseits, rechtlich und tatsächlich um zwei völlig verschiedene Angelegenheiten handelt, die keinerlei Zusammenhang miteinander haben.

Das Budget und der Steuerfuss, worüber wir heute diskutieren, betreffen das Jahr 2015. Der B+A betr. Budget 2015 ist umfassend, nachvollziehbar und in den Kommissionen und Fraktionen sehr ausführlich geprüft worden. Gemäss Budget ist das Geld für die beantragte Steuersenkung vorhanden. Die Senkung des Steuerfusses ist nicht mehr als die rechtlich korrekte Weiterführung des sog. Steuerrabattes, wie das der Einwohnerrat am 23. Januar 2014 mit dem „Reglement Steuerausgleichfonds“ mit grosser Mehrheit (Verhältnis 20:6) vorgesehen hat.

Thomas Zemp (CVP)

Jürg Biese (FDP)

Reto von Glutz (SVP)

Demgegenüber hat die AGZ Horw AG nicht mehr als eine Forderung vorgebracht, über deren grundsätzlichen Berechtigung und deren Ausmass wohl erst in ein paar Jahren rechtskräftig entschieden sein wird. Was aus der Entschädigungsforderung wird, ist schwer abzuschätzen. Das Vorgehen der Grundeigentümerin, die auch in "horw mitte" stark engagiert ist, mag man wohl «bedauerlich» nennen. Der Gemeinderat hat aber die Bevölkerung bereits in der Abstimmungsbotschaft 2009 auf das Risiko einer Entschädigungsforderung aufmerksam gemacht und nur am Rande sei bemerkt, dass im schlimmsten Fall dem Volk die Möglichkeit zukommt, noch einmal über eine Umzonung, sprich über das Rückgängigmachen abzustimmen, wodurch die Grundlage für eine Entschädigung dahinfällt.

Aus Sicht der SVP-Fraktion besteht im Moment kein Grund für eine übereilte Reaktion. Die Steuersenkung kann mit gutem Gewissen beschlossen werden, der weitere Verlauf der Entschädigungsklage in Ruhe abgewartet werden. Wir vertreten das Stimmvolk, Steuersenkungen gehören eigentlich vor den Souverän und nur wenn wir heute im Einwohnerrat die Steuersenkung beschliessen, bekommt unser Stimmvolk auch die Möglichkeit, abschliessend über die Steuersenkung zu entscheiden.

Noch kurz zu den Grössen der Schulklassen. Herr Zemp, ich kann auch rechnen und habe mir in der GPK erklären lassen, wie es zustande kommt, dass es nur 18.4 Lernende pro Klasse gibt, obwohl wir die Klassengrösse bei 22 fixiert haben. Das ist rein rechnerisch, ausgehend von den Zahlen, die wir von der Schulpflege verlangen. Es liegt schlussendlich an den Vorgaben, die wir gegeben haben, und die sind so, dass wir jetzt z.B. die Probleme bei der Schulkreiszuordnung haben.

Konrad Durrer (L20)

Zu Herrn Jung möchte ich noch sagen, was Rückerstattung heisst. Wissen Sie noch, von wem das Geld stammt, mit dem wir den Steuerfonds alimentiert haben? Von einem grossen Steuerzahler. Und wissen Sie, wie wir das Geld jetzt verteilen? Die Reichen bekommen viel und die Armen nichts, ein wenig pointiert ausgedrückt. So kann man nicht von Rückerstattung sprechen und so sollte meines Erachtens nicht die Politik von einem verantwortungsvollen Exekutivgremium sein.

#### **5906 Finanzausgleich, S. 108**

Beim Finanzausgleich ist von 0.5-0.7 Mio. Franken die Rede und es wird weiter ansteigen. Es ist so, dass die Zahl ein wenig tief gerechnet ist. Aufgrund vom Finanz- und Aufgabenplan hat man bei Nachberechnung festgestellt, dass die effektive Zahl höher sein wird.

Markus Bider (CVP)

#### **Liegenschaften Finanzvermögen**

##### **590110 Liegenschaft Kantonsstrasse 154, S. 113**

Wie ich mich erinnere, ist irgendwann eine Konventionalstrafe fällig, wenn dort nicht gebaut wird. Ist die Strafe wirklich noch nicht fällig oder warum ist sie nicht budgetiert?

Konrad Durrer (L20)

Es ist richtig, dass im alten Werkhof der Bau in Verzug ist. Gemäss Baurechtsvertrag müsste der Bau Ende 2015 fertig sein. Es gab bei der Planung gewisse Probleme und daraufhin ist im April eine Delegation des Gemeinderates mit dem Baurechtsnehmer zusammengekommen und hat gemäss Protokoll in Aussicht gestellt, ein paar Monate zu erlassen. Wir warten schon länger auf die definitive Eingabe vom Gestaltungsplan. Der aktuelle Stand ist so, dass wir die bereinigte Eingabe der Gestaltungsplangrundlagen noch nicht haben.

Robert Odermatt (SVP)

##### **590118, Liegenschaft Roggernstrasse 2, S. 117**

Zu der Liegenschaft möchte ich gerne wissen, warum wir rund 38'000 Franken Mindereinnahmen haben.

Reto Eberhard (SVP)

Bei der Liegenschaft Roggernstrasse handelt es sich um unser Landwirtschaftsgrundstück Grämlis. Irgendwann, geschätzt vor 30 Jahren, ist bei der Liegenschaft Land für Mehrfamilienhäuser an der Kastanienbaumstrasse im Baurecht abgegeben worden. Der Baurechtertrag war bisher bei der Position 423 verbucht, jetzt haben wir dafür ein separates Konto gemacht. Die Differenz beträgt 32'000 Franken.

Robert Odermatt (SVP)

**590190 übrige Liegenschaften, S. 122**

Gemäss meiner Information sind in dieser Position vor allem Aufwendungen für Wald und andere unbebaute Parzellen im Finanzvermögen enthalten. Was für Liegenschaften verursachen die grössten Kosten?

Marcel Wirz (FDP)

In den übrigen Liegenschaften sind diverse Plätze enthalten, z.B. Sternenmätteli oder die Parzelle im Winkel. Die Details würde ich gerne nachschauen und schlage darum vor, dass wir jetzt weitermachen und ich Ihnen später die Auskunft gebe.

Robert Odermatt (SVP)

**Investitionsrechnung**

Ulrich Nussbaum (FDP)

**Verwaltung**

**400103 Mobiliar Verwaltungsgebäude, S. 128**

Unter dieser Positionen ist betreffend Mobiliar zu lesen, dass die Variante "Ersatz in Tranchen" vorgesehen ist. Die FDP-Fraktion sieht die Vorteile einer Beschaffung in Tranchen, ist aber der Meinung, dass die Ausschreibung über das Ganze passieren müsste. Entsprechend stellen wir folgenden Antrag auf Bemerkung: "Die Beschaffung von Mobilien muss als Ganzes ausgeschrieben werden, der Ersatz hat kontinuierlich und in Tranchen zu erfolgen."

**Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung der FDP-Fraktion: "Die Beschaffung von Mobilien muss als Ganzes ausgeschrieben werden, der Ersatz hat kontinuierlich und in Tranchen zu erfolgen."

Roland Bühlmann (SVP)

**Dem Antrag wird mit 28:0 Stimmen, keine Enthaltungen, zugestimmt.**

**Kirchfeld**

**44002 Infrastrukturkonzept Wohnen im Alter, S. 134**

Es sind 150'000 Franken budgetiert, um gestützt auf das Altersleitbild den Bedarf an stationären Plätzen zu erheben und entsprechende Umsetzungsvarianten auf deren Machbarkeit zu prüfen. Ich habe das Gefühl, dass sich das nur auf den stationären Teil bezieht und ich frage mich, was das Ergebnis der 150'000 Franken sein wird. Das sieht für mich eher wie ein kleiner Projektierungskredit aus, aber gestützt auf das Ergebnis macht man ja dann erst einen Planungsbericht und einen konkreten Projektkredit. Ich hätte gerne Auskunft, was man genau macht und wer etwas macht für 150'000 Franken.

Thomas Zemp (CVP)

Wir hatten in diesem Jahr 50'000 Franken für Abklärungen, was wir im Kirchfeld 2 machen möchten. Der Betrag für 2015 ist der Projektierungskredit, um das Projekt umzusetzen. Es geht vor allem um den stationären Bereich, aber es muss natürlich in Abhängigkeit mit dem ambulanten Bereich geklärt werden. Darum haben wir das Infrastrukturkonzept "Wohnen im Alter" genannt.

Oskar Mathis (L2O)

**462019 Umsetzung Tempo 30, S. 139**

Es sind 80'000 Franken für die Oberrütistrasse budgetiert. Das scheint mir sehr viel Geld für eine Strasse, die eigentlich funktioniert. Ich möchte die Bitte anbringen, dass man vielleicht 30 light macht und nicht 30 im Maximum, da gibt es sicher Handlungsspielraum. In der Regel ist es so, dass erst einmal viele Leute reklamieren, wenn Tempo 30 umgesetzt ist. Dass man das vielleicht zum Voraus ein wenig genauer abklärt und nicht zuerst alle Fussgängerstreifen entfernt und je nachdem, wenn Leute reklamieren, vielleicht wieder einen halben markiert. Bitte 30 light und nicht 30 im Maximum.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Das sind nur Signalisationen und kein Bauprojekt. Bis man eine Signalisation machen kann, sind sehr viele Arbeiten nötig. Man muss Geschwindigkeitskontrollen machen und es gibt selbstverständlich auch eine breit abgestützte Information. Wir machen nicht einfach etwas, damit die Leute unzufrieden sind, sondern wir beziehen sie ein, wir markieren auch keine halben Fussgängerstreifen, sondern diese sind wohl überlegt und werden so angebracht, wie sie vom Gemeinderat beschlossen wurden.

Manuela Bernasconi (CVP)

**462021 Vorprojekt Seestrasse, S. 140**

Das ist eines von sechs Investitionsprojekten, zu denen noch der B+A fehlt. Dieser wurde uns schon mehrfach versprochen und offensichtlich ist es schwierig, ihn zu bringen. Technisch ist es kein Problem, das hinterher zu genehmigen. Was mich aber umtreibt ist die Frage, wie sorgfältig man die B+As noch machen kann, wenn man weiss, dass man sie im 1. Quartal des nächsten Jahres durchbringen muss, damit man das Projekt noch reinbekommt. Ich sehe einen gewissen Stau in der Abwicklung der Vorstudie. Ich habe das Budget vom letzten Jahr angeschaut und da war noch ein B+A offen, jetzt sind es sechs. Ich frage mich, ob die Ressourcenausstattung genügend ist, um die Arbeit zu bewältigen.

Markus Bider (CVP)

Es ist sicher ein Ressourcenproblem. Den B+A haben Sie noch nicht erhalten, das heisst aber nicht, dass wir noch nichts haben. Teilweise wird vergessen, dass das lange Prozesse in der Verwaltung sind, denn wir möchten Ihnen gute Papiere präsentieren. Wir haben im Baudepartement sehr viele Projekte, aber wenig Ressourcen. Wir versuchen, jetzt etwas zu ändern, das gibt eine Erleichterung, aber in der Gemeinde Horw läuft auch sehr viel und wir haben immer noch den gleichen Stand an Mitarbeitenden. Gerade solche Projekte wie die Seestrasse, zu dem wir auch eine breite Mitwirkung gemacht haben, oder die verschiedensten Bebauungspläne, ebenfalls mit einer sehr breiten Mitwirkung, das benötigt Zeit. Dann hatten wir bei der Umweltschutzstelle noch einen längeren Ausfall, der den Stau noch grösser werden liess. Im 1. Quartal 2015 werden Sie aber mit einigen B+As eingedeckt.

Manuela Bernasconi (CVP)

**Siedlungsentwässerung**

**471802 Rahmenkredit Investitionen Siedlungsentwässerung 2015, S. 144**

Ich habe zu dem Punkt GEP-Massnahmen Entkopplung Ortskern mit Kosten von 910'000 Franken zwei Fragen.

So wie es im vorliegenden B+A geschrieben steht, ist die Erstellung des Retentionsbeckens ein Teil oder zumindest eine Folge der Umgestaltung der Umgebung, die im direkten Zusammenhang mit dem Umbau des ORST steht. Mit der Umgestaltung der Umgebung muss gemäss B+A dieses Retentionsbecken erstellt werden.

Jürg Biese (FDP)

Warum ist das so? Die Frage stellt sich mir darum, weil ich für diesen Fall zwingend erwartet hätte, dass diese nicht zu verachtenden Kosten von 910'000 Franken im Zusammenhang mit dem B+A Nr. 1496 vom 14. August 2013 zur Sanierung des ORST hätten erwähnt werden müssen, und wir bereits damals über diese Kosten hätten müssen in Kenntnis gesetzt werden – damit wir auch darüber hätten befinden können.

Im B+A Nr. 1496 zum Oberstufenschulhaus unter dem Kapitel 8.2 "Die Baukosten in der Übersicht" unter dem Punkt I die "Umgebung Gebäude" geschrieben, dass der Kostenvoranschlag für sämtliche Umgebungsarbeiten ab Fassadenkante nicht in dem damals vorliegenden Kostenvoranschlag enthalten seien, sondern in einem separaten Kostenvoranschlag ausgewiesen würden. Das passiert dann auch unter Punkt 8.2.2, wo von Kosten für die Umgebungsgestaltung von 749'000 Franken gesprochen wird. Diese 749'000 Franken werden dann im Baukredit auch entsprechend separat aufgeführt.

Darum meine zweite Frage: Werden jetzt diese 749'000 Franken durch die 910'000 Franken ersetzt oder kommen die zusätzlich dazu? Ich befürchte das Zweite und muss feststellen, dass die Kosten derart hoch sind, dass sie nicht unter den Tisch gekehrt oder im Nachhinein eingebracht werden können.

Das hat nichts miteinander zu tun, aber es soll kombiniert werden. Wahrscheinlich ist es jetzt so dargestellt, dass es falsch verstanden werden kann. Es ist geplant, wenn man jetzt das Oberstufenschulhaus und die Plätze baut, dass man nicht nachher noch GEP-Massnahmen machen muss. Die GEP-Massnahme ist bereits im GEP-Plan vorgesehen und jetzt wurde das gekoppelt, um eine gute Koordination der Baustellen zu haben. Das hat nichts damit zu tun, was Sie jetzt aus dem B+A Oberstufenschulhaus gesagt haben. Wir haben damals gesagt, dass wir nur das Schulhaus machen und die Umgebungsarbeiten später mit dem anderen Projekt, wenn alles fertig ist. Dazu erhalten Sie auch wieder einen Planungsbericht, sogar einen ersten Teil vom Bauprojekt, damit wir seriell vorwärts machen können. Aber die GEP-Massnahme hat damit nichts zu tun.

Manuela Bernasconi (CVP)

Es heisst: "Mit dem Umbau ORST... muss die Retentionsanlage erstellt werden." Es ist also nicht so, dass es einen Zusammenhang hat; dann ist es hier nur verwirrt dargestellt.

Jürg Biese (FDP)

**Übriger Umweltschutz**

**475100 Sanierung Ufermauern, S. 147**

Wir sehen eine Projektierung im Bereich "kleiner Hafen". Ist das nicht eine private Anlage? Geht es um die Mauer, die die Strasse stützt und wenn ja, wird nicht sowieso irgendwann an der Strasse etwas gemacht? Wir haben ja im Finanz- und Aufgabenplan über alles gesehen etwa 12 Mio. Franken vorgesehen, um die Seestrasse zu sanieren.

Thomas Zemp (CVP)

Die Seeufermauer "kleiner Hafen" gehört zu unseren Mauern, die mit dem Seeuferkonzept aufgenommen wurde.

Manuela Bernasconi (CVP)

Wenn mit der Seestrasse baulich etwas geplant ist frage ich mich, ob man jetzt an der Ufermauer etwas machen muss. Bei dringendem Handlungsbedarf ja, aber hier sprechen wir erst von einer Projektierung, die 48'000 Franken analog Krämerstein kostet und wenn ich analog Krämerstein höre, kommen mir sofort 300'000 Franken in den Sinn, die die Sanierung der Ufermauer gekostet hat. Ich hätte Mühe, wenn man irgendetwas an den Ufermauern an der Seestrasse macht, wenn man allenfalls schon weiss, dass man dort früher oder später bauliche Massnahmen machen möchte. Dann müsste man es koordinieren.

Thomas Zemp (CVP)

Mit der Aufnahme der Seemauern wurden Prioritäten nach Zustand gesetzt. Wenn das so dringend ist, muss man dort eine Massnahme machen aus Gründen der Sicherheit und dann kann man nicht warten.

Manuela Bernasconi (CVP)

Es wurde ein Werterhaltungskonzept gemacht, das aufzeigt, wie wichtig der stetige Unterhalt im richtigen Moment ist usw. Ich frage mich, ob jetzt der richtige Moment ist, wenn man weiss, dass in den nächsten zehn Jahren an der Seestrasse gebaut wird.

Thomas Zemp (CVP)

Wir haben bewiesen, dass wir alle unsere Instrumente, die wir in den letzten Jahrzehnten erstellt haben, immer miteinander kombinieren. Wenn das im Budget ist, hat es Priorität und wir versuchen auf jeden Fall, das zu kombinieren, wenn dort etwas gemacht werden muss. Wir haben ja das Konzept schon, dann könnte man, wenn da etwas ist, gerade sagen, dass man dann an der Seestrasse 2016 auch etwas macht, wenn das „reif“ wäre. Wenn wir etwas koordiniert mit dem Kanton machen müssen, brauchen wir relativ lange, bis so ein Projekt baureif ist.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

### **Raumordnung**

#### **479002 Vorprojekt + Studie Bahnhofareal „horw mitte“, S. 148**

Ich möchte gerne wissen, was die bis Ende 2014 mutmasslich verbrauchten 300'000 Franken für das Vorprojekt und die Studie Bahnhofareal „horw mitte“ alles beinhalten respektive wie diese zustande gekommen sind. Die Summe scheint mir relativ hoch.

Jürg Biese (FDP)

Es geht um den Ausbau des Bahnhofs Horw. Dieser beinhaltet verschiedenste Elemente, auf der einen Seite den Bushof, auf der anderen Seite den Bahnhofplatz, Unterführung, aber auch all das was perronseitig notwendig ist. Das ist quasi die Schlüsselstelle von „horw mitte“. Es wurde eine Machbarkeitsstudie gemacht und man ist jetzt am Schluss des Vorprojektes. Dieses ist im Moment in der Vernehmlassung bei den verschiedenen Akteuren. Das wird allenfalls noch zu einer leichten Überarbeitung des Projektes führen und dann ist das Vorprojekt abgeschlossen. Nachher wird das Bauprojekt ausgelöst, das ist auch im Budget und im Jahresprogramm so vorgesehen.

Markus Hool (FDP)

### **Liegenschaften Finanzvermögen**

#### **499012 Planungskredit Ökihof, S. 153**

Es ist erfreulich, dass REAL erkannt hat, dass eine Verbesserung der Situation beim Ökihof erforderlich ist, weil der Ökihof dem Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen ist. Wir finden es auch gut, dass die Gemeinde die Errichtung eines mehrstöckigen Gebäudes mit Tiefgarage ins Auge fasst, um das Optimum an Ausnutzung des Ökihof-Areals zu erzielen. Wir sind aber dezidiert der Ansicht, dass vor der Erarbeitung von einem Vorprojekt für ein Gebäude an gleicher Stelle zwingend eine Standortanalyse durchgeführt werden sollte. Das verlangen wir ja auch mit der Motion 285/2014 von Urs Röllli. Wird nun ein Kredit für ein Vorprojekt für ein mehrstöckiges Gebäude mit Tiefgarage am bisherigen Standort gutgeheissen, kann diese Motion gar nicht mehr ernsthaft angegangen werden.

Jürg Biese (FDP)

Die Motion verlangt zudem, dass bei der Standortevaluation die Gemeinde Kriens und die Stadt Luzern mit einbezogen werden. Damit kann auch geklärt werden, in welcher Form Kriens und Luzern gewillt sind mitzumachen, und es erhöht sich durch die Zusammenarbeit mit den beiden auch die Akzeptanz der Standortwahl sowie eines neuen Konzepts.

Die FDP-Fraktion stellt deshalb den Antrag, den Budgetkredit von 100'000 Franken für die Erarbeitung eines Vorprojekts für ein mehrstöckiges Gebäude mit Tiefgarage am jetzigen Standort für das Jahr 2015 zu streichen. Es ist vorgängig eine Standortevaluation in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Kriens und der Stadt Luzern vorzunehmen.

Es geht uns nicht darum, die Situation vom Ökihof noch länger zu verzögern oder einer neuen besseren Lösung im Wege zu stehen. Wir möchten aber verhindern, dass 100'000 Franken für ein Projekt am selben Ort ausgegeben werden, bei dem man vielleicht später merkt, dass verkehrstechnisch noch andere Flächen in der Nähe besser nutzbar wären.

Ihr Ansinnen, das Geld erst dann auszugeben, wenn zu 100 % geklärt ist, dass der Ökihof am jetzigen Standort bleibt bzw. wir die Gewähr haben, dass das auch in 15 Jahren noch funktioniert, ist für uns völlig klar. Bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Gemeinderat mit ruhigem Gewissen Ja zum Konzept und dem Standort sagen kann, wird von den 100'000 Franken kein Franken ausgegeben. Wenn es dann aber so weit ist, wären wir froh, wenn wir dann auch starten können. Von daher wäre ich froh, wenn Sie den Antrag zurückziehen oder ablehnen würden.

Robert Odermatt  
(SVP)

Auf den aktuellen Stand werden wir mit der Interpellation, die wir im Januar beantworten werden, zu sprechen kommen. Der Gemeinderat hat heute beschlossen, dass eine Delegation des Gemeinderates die Gemeinde Kriens und REAL zu einem gemeinsamen Gespräch einladen wird, um die Fragen zu klären.

Wie ist der Zeithorizont, um zu wissen, dass der Standort der richtige ist? Ist eine Standortevaluation vorgesehen?

Jürg Biese (FDP)

Die Problematik ist, dass wir nicht allein bestimmen können, was mit dem Ökihof passiert. Wir und die Gemeinde Kriens sind Miteigentümer zu je 50 %. Im Idealfall, wenn uns die Verkehrskonzepte aufzeigen könnten, dass es funktioniert, dann könnten wir das Geld verwenden. Wenn wir hingegen nicht dahinterstehen könnten, dann wird das Geld im nächsten Jahr sicher nicht benötigt. Einen Zeithorizont kann ich nicht aufzeigen, weil es einerseits nicht nur von uns abhängig ist und andererseits zum heutigen Zeitpunkt noch keine Klarheit vorhanden ist.

Robert Odermatt  
(SVP)

Ich ziehe den Antrag zurück, stelle aber einen Antrag auf Bemerkung, dass der Satz: "Mit der Annahme des Voranschlages gilt dieser Budgetkredit als beschlossen" gestrichen wird. Stattdessen soll es heissen: "Der Budgetkredit gilt als beschlossen, nachdem eine Standortevaluation stattgefunden hat."

Jürg Biese (FDP)

#### **Abstimmung:**

Antrag auf Bemerkung von J. Biese: Statt des Satzes: "Mit der Annahme des Voranschlages gilt dieser Budgetkredit als beschlossen" soll es heissen: "Der Budgetkredit gilt als beschlossen, nachdem eine Standortevaluation stattgefunden hat."

Roland Bühlmann  
(SVP)

**Dem Antrag wird mit 24:0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugestimmt.**

#### **Rückkommen**

**590190 übrige Liegenschaften, S. 122**

Hat der Gemeinderat schon eine Antwort auf meine Frage, welche Liegenschaften die grössten Kosten verursachen?

Marcel Wirz (FDP)

Auf dem Konto werden alle Aufwendungen erfasst, die nicht direkt einer einzelnen Liegenschaft zugeordnet werden können, u.a. auch sehr viele Stunden vom Departement, z.B. für Rapporte oder Besprechungen.

Robert Odermatt  
(SVP)

Ich wollte eigentlich wissen, für welche Liegenschaften die Aufwendungen explizit sind, aber anscheinend ist das nicht so einfach herauszufinden. Vielleicht kann man dann in der Rechnung die grösseren Posten speziell erwähnen, denn ich finde den Betrag von 600'000 Franken nicht ganz unerheblich.

Marcel Wirz (FDP)

**Beschluss**

Wenn wir zum Punkt 2 des Beschlusses, dem Steuerfuss abstimmen, und ich überraschenderweise doch alle überzeugt habe, das Geld anders zu verteilen, hätten wir plötzlich ein ausgeglichenes Budget und das wäre vielleicht auch nicht in Ihrem Interesse. Dann würde die Zahl bei Punkt 1 nicht stimmen und dann hätten wir wieder ein Rückkommen und darum schlage ich vor, zuerst über Punkt 2 abzustimmen.

Konrad Durrer (L2O)

Wir stellen den Antrag, den Steuerfuss auf 1.6 Einheiten festzulegen.

Konrad Durrer (L2O)

**Abstimmung:**

**Beschluss, Punkt 2**

Roland Bühlmann (SVP)

**Gegenüberstellung:**

Antrag der L2O, den Steuerfuss auf 1.6 Einheiten festzusetzen.	7 Stimmen
Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss auf 1.55 Einheiten festzusetzen.	21 Stimmen

1. Dem Voranschlag 2015 der Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung mit einem Aufwand von Fr. 87'992'464.00 und einem Ertrag von Fr. 86'676'783.00 resp. mit Ausgaben von Fr. 22'339'400.00 und Einnahmen von Fr. 1'825'000.00 wird mit 21:0 Stimmen, bei 7 Enthaltungen, zugestimmt.
3. Mit 23:0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, wird der Gemeinderat ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
4. Keine Abstimmung

**Beschluss, Punkt 5**

Die Steuersenkung ist beschlossen und nach den ganzen Diskussionen wird es jetzt einen Schlussstrich durch den Volksentscheid geben. Die Frage ist, ob wir dem Volk eine Empfehlung abgeben möchten. Um sich das durch den Kopf gehen zu lassen, drei Überlegungen.

Markus Bider (CVP)

1. Am Anfang des Abends hat eine Anzahl Parteien zu Protokoll gegeben, dass sie die jetzige Lösung eigentlich gar nicht wollte. Sie wollte einen Steuerrabatt, aber das geht jetzt nicht, weil das Amt für Gemeinden sich das erst jetzt überlegt hat, statt nicht schon früher. Wir sind eigentlich fremdbestimmt durch Apparatschiks und das muss man dann machen. Das müssen wir jetzt hinnehmen, aber ist vielleicht nicht schön und hat unsere Entscheidung in einem nicht politischen Sinn beeinflusst.
2. Das zweite Argument hat Konrad Durrer schon gestohlen. Wir sind jetzt aus drei Gründen in der guten Lage. Das eine ist die gute Baukonjunktur, dazu haben eine Anzahl Leute beigetragen. Das andere ist das Grundstück G, das wir für 10 Mio. Franken verkauft haben. Zudem hat niemand, der hier im Raum ist, und kaum jemand, der in der Gemeinde wohnt, irgendetwas beigetragen. Es gab einen Steuerzahler in der Gemeinde, der das Pech hatte, die grosse Summe zahlen zu müssen und jetzt kommen wir zu dem Schluss, weil es nicht anders geht und weil es unser System so vorschlägt, dass man Leuten, die zugegebenermassen in der Vergangenheit viel Steuern gezahlt haben, aber die ursächlich die gute Situation nicht generiert haben, davon profitieren, was ein einziger zahlen musste. Das ist in unserem System jetzt so, aber die Frage ist, ob das eine gewollte Konsequenz von dem System ist. Es ist nicht so, wie Herr Jung gesagt hat, dass viele gezahlt haben und viele jetzt wieder etwas zurückbekommen. Es haben ganz wenige gezahlt und viele bekommen wieder zurück und noch viel mehr bekommen gar nichts.

3. Das dritte Argument ist die Erfahrung von vielen anderen Gemeinden rundherum. Politik erweist sich als relativ flexibel, wenn es darum geht, Steuern zu senken. Sie erweist sich aber als praktisch unfähig, sich im richtigen Moment und mit vernünftigen Argumenten zusammenzuraufen und die Steuern wieder zu erhöhen. Die Erfahrung in anderen Gemeinden, wie Kriens, Luzern und anderen, die das Pech hatten, in einem schlechten Moment die Steuern zu senken, ist die, dass auf dem Buckel der Mittelständler oder allenfalls auch von denen, die gar keine Steuern zahlen müssen, unsinnige Sparprogramme hin und her diskutiert werden. Irgendwelche Minderheiten werden zur Kasse gebeten oder es kommt jemand auf die Idee, die Kantonsschule einmal eine Woche zu schliessen. Solcher Unsinn wird beschlossen, um Steuererhöhungen hinauszuschieben und es nützt überhaupt niemandem. Die Erfahrung zeigt, dass die Politik, hier bei uns die drei bürgerlichen Parteien, es zumindest in den anderen Gemeinden nicht auf die Reihe bekommt, die Steuern wieder rechtzeitig zu erhöhen. Wir als Politiker sind da nicht wirklich die, die einen guten Track-Record haben. Aus dem Grund, aus Signal, man kann es auch als Schwäche interpretieren, könnte man erwägen, dem Stimmbürger keine Empfehlung abzugeben.

Ich finde, dass man auf jeden Fall eine Empfehlung abgeben muss. Meine Erwartungshaltung an ein Parlament ist, dass es im Wissen handelt. Die Ausgangslage ist die, dass wir alle den Finanz- und Aufgabenplan einstimmig angenommen haben. Dabei waren wir alle der Meinung, dass wir bereit sind, den Steuerrabatt während sieben Jahren zu geben, also eine langfristige Planung. Wenn wir jetzt vor das Volk gehen und sagen, dass wir eine Steuersenkung beschlossen haben, aber keine Empfehlung abgeben, auf was soll sich dann der Bürger stützen? Die meisten Bürger müssen sich darauf abstützen, was die Leute sagen, die sich damit befasst haben.

Thomas Zemp (CVP)

Vorhin wurde einmal das Baufeld G usw. ins Feld geführt, das ist aber alles nicht berücksichtigt. Das haben wir in den Rechnungen jeweils neutralisiert und extra in die Vorfinanzierungen getan, damit nicht der Eindruck entsteht, es gehe uns wahnsinnig gut und dabei verscherbeln wir nur das Tafelsilber. Wir müssen dem Bürger eine Empfehlung abgeben und ich zumindest gebe sie mit klarer Überzeugung ab, weil ich geschaut habe, was in den letzten acht Jahren passiert ist. Und das kann man nicht wegdiskutieren und das ist auch nicht tendenziös. Natürlich kann man Unsicherheiten in der Zukunft haben, aber in der Ausgangslage, in der wir sind, habe ich die nicht und ich bitte Sie, dem Stimmbürger eine klare Empfehlung abzugeben.

Ich muss Thomas Zemp völlig recht geben. Herr Bider, Sie haben mich ein wenig enttäuscht. Ich glaube, Sie träumen noch irgendwo, dass es schief laufen könnte und haben einen Versuch gestartet, dass es in die Hose gehen könnte. Da möchte ich jetzt allen sagen, nein, das machen wir nicht Herr Bider.

Jörg Conrad (SVP)

Ich bin auch der Meinung, dass man klar eine Empfehlung abgeben muss. Wir haben mehrheitlich der Steuerfussenkung zugestimmt und können auch eine Empfehlung abgeben, denn das ist unsere Arbeit. Schlussendlich muss der Stimmbürger entscheiden, ob er das will oder nicht.

Marcel Wirz (FDP)

**Abstimmung:**

5. Mit 20:8 Stimmen, keine Enthaltungen, wird den Stimmberechtigten empfohlen, dem Voranschlag 2015 und dem Steuerfuss von 1.55 Einheiten zuzustimmen.

Roland Bühlmann (SVP)

**Gesamtabstimmung:**

**Dem Bericht und Antrag Nr. 1533, Budget 2015, wird mit 21:7 Stimmen, keine Enthaltungen, zugestimmt.**

## 5. Einfache Anfrage von Heiri Schwegler, L2O: Parkieren und Anhalten von Motorfahrzeugen auf dem Trottoir vor der Raiffeisenbank

Zu den Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. *Wie ist die verkehrsrechtliche Situation?*  
Im ganzen Dorfzentrum gilt ein Parkverbot, mit Ausnahme der markierten Felder. Dies ist auf der Tempo 30-Zonensignalisation ersichtlich. Somit ist das Parkieren auf den angesprochenen Flächen vor der Raiffeisenbank nicht gestattet.
2. *Wie schätzt der Gemeinderat den beschriebenen Umstand ein?*  
Uns ist die Situation bekannt. Den Sehbehinderten ist die Situation ebenfalls bekannt. Sie wissen, dass vor der Bank ab und zu Kurzzeitparkierer sind. Ich habe mit Herrn Estermann, dem Trainer für die Sehbehinderten, gesprochen. Grundsätzlich lehrt er seine Schüler, dass sie den Streifen entlang der Kantonsstrasse 100 folgen sollen und dann bei der Abzweigung 5 Schritte bis zum Strassenrand gehen sollen und dann die Strasse überqueren, damit sie sich wieder bei der Einstiegstelle des Busses Richtung Luzern befinden. Die taktilen Markierungslinien führen vom Novum parallel zur Strasse bis zum Tor der Coop-Anlieferung und von dort führen taktil Granitrinnen die Sehbehinderten an den Strassenrand. Ab der Strasse führt der Strassenrandabschluss die Personen weiter. Der Weg für die Sehbehinderten ist so gut wie immer frei.
3. *Wie kann die Situation für die blinden Fussgänger/-innen verbessert werden?*  
Die Situation für die Sehbehinderten kann nicht verbessert werden. Die Eigentumsverhältnisse und die Einfahrt zur Coop-Anlieferung lassen keinen Spielraum für bauliche Massnahmen frei. Wir können keine Markierung anbringen vor allem auch weil der Platz fehlt (Einfahrt für Coop für die Anlieferung, Trottoirbereich). Auch weitere Signalisationen wären in dieser Zone unangebracht. Hindernisse aufzubauen, wäre nach Auskunft von Herrn Estermann gar nicht dienlich. Auch er konnte keine Verbesserungsvorschläge für die bestehende Situation machen.

### Mitteilung

Das Büro hat in der Pause beschlossen, dass die für Dezember geplante Sitzung abgesagt wird.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Roland Bühlmann  
(SVP)

Roland Bühlmann  
Einwohnerratspräsident

Hermann Herren  
Sekretär

Irene Arnold  
Stv. Gemeindeschreiberin

Heike Sommer  
Protokollführerin

Versand: 5. Januar 2015